

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE  
CONTRÔLE FÉDÉRAL DES FINANCES  
CONTROLLO FEDERALE DELLE FINANZE  
SWISS FEDERAL AUDIT OFFICE



# COVID-19-Prüfungen

## Vierter Zwischenbericht

Massnahmen des Bundes, Stand 15. Oktober 2020

Bestelladresse	Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK)
Adresse de commande	Monbijoustrasse 45
Indirizzo di ordinazione	3003 Bern
Ordering address	Schweiz
Bestellnummer	1.20529.103.00058
Numéro de commande	
Numero di ordinazione	
Ordering number	
Zusätzliche Informationen	<a href="http://www.efk.admin.ch">www.efk.admin.ch</a>
Complément d'informations	<a href="mailto:info@efk.admin.ch">info@efk.admin.ch</a>
Informazioni complementari	twitter: @EFK_CDF_SFAO
Additional information	+ 41 58 463 11 11
Abdruck	Gestattet (mit Quellenvermerk)
Reproduction	Autorisée (merci de mentionner la source)
Riproduzione	Autorizzata (indicare la fonte)
Reprint	Authorized (please mention source)

Mit Nennung der männlichen Funktionsbezeichnung ist in diesem Bericht, sofern nicht anders gekennzeichnet, immer auch die weibliche Form gemeint.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Das Wesentliche in Kürze</b> .....	<b>5</b>
<b>L'essentiel en bref</b> .....	<b>9</b>
<b>L'essenziale in breve</b> .....	<b>13</b>
<b>Key facts</b> .....	<b>17</b>
<b>1 Auftrag und Vorgehen</b> .....	<b>21</b>
1.1 Ausgangslage .....	21
1.2 Prüfungsziel und -fragen.....	21
1.3 Mögliche weitere Prüffelder.....	22
1.4 Zusammenarbeit mit den Kantonalen Finanzkontrollen.....	22
1.5 Summarische Zwischenberichterstattung.....	22
<b>2 Aktueller Stand der Massnahmen</b> .....	<b>23</b>
2.1 Neue COVID-19-Kulturverordnung verringert die Komplexität der Unterstützung für Kulturschaffende .....	23
2.2 Fokus auf den Vorverträgen für Impfstoffe und Abnahmegarantien für Arzneimittel beim Bundesamt für Gesundheit .....	25
2.3 Trotz hoher Zunahme der Auszahlungen beim Corona Erwerbssersatz gibt es wenig Missbräuche .....	26
2.4 Detaillierte Gesuchsprüfung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung in allen drei besuchten Kantonen .....	28
2.5 Bundesamt für Sport: Nothilfepaket abgeschlossen, Stabilisierungspaket und Darlehen an Profiligen sind in Arbeit.....	29
2.6 Die Lager bei der Armeepothek sind voll, die Verteilung und Verrechnung an die Empfänger läuft .....	31
2.7 Réduction de l'horaire de travail : le risque de non-conformité demeure à un niveau élevé.....	33
2.8 Dividendenausschüttungen und Umsatzabweichungen bleiben Sorgenkinder bei den Solidarbürgschaften, erste Verluste sind eingetreten.....	36
2.9 Switzerland Global Enterprise: Bilanz der Messeausfälle 2020 weniger dramatisch als angenommen.....	38
2.10 Im Luftfahrtbereich wurden erste Unterstützungen für die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss gewährt.....	39
2.11 Zwei Drittel der Mittel für Übergangsmassnahmen elektronische Medien und Printmedien sind ausbezahlt .....	39

2.12 Massnahmenübergreifende Datenanalysen und Missbrauchsidentifikation müssen im «Normalbetrieb» fest verankert werden .....	41
<b>Anhang 1: Grafiken zu den Datenanalysen .....</b>	<b>43</b>
<b>Kultur.....</b>	<b>43</b>
<b>Corona Erwerbsersatz.....</b>	<b>44</b>
<b>Kurzarbeitsentschädigung (Indemnités pour réduction de l'horaire de travail RHT) .....</b>	<b>44</b>
<b>Solidarbürgschaften.....</b>	<b>45</b>
<b>Anhang 2: Übersicht der Einzelprüfungen und Prüfungsteams .....</b>	<b>48</b>

# COVID-19-Prüfungen Vierter Zwischenbericht

## Massnahmen des Bundes, Stand 15. Oktober 2020

### Das Wesentliche in Kürze

---

Die Krise ist nicht vorbei. Allerdings stellt sich im Umgang mit ihr in der Bundesverwaltung eine zunehmende Routine und Beruhigung ein; man muss sich mit der Krise als «neue Normalität» arrangieren. Die quasi über Nacht ins Leben gerufenen Sofortmassnahmen sind ausgelaufen oder wurden in ordentliches Recht überführt. Die Prüfungen, die die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) begleitend zu den Sofortmassnahmen lanciert hat, kommen somit ebenfalls zu einem Ende. Daher ist dieser vierte gleichzeitig der letzte Zwischenbericht über die begleitenden COVID-19-Prüfungen der EFK in 2020. Erneut geht es um die aktuellen Ergebnisse und das Thema Missbrauchsbekämpfung.

Unterstützungsgesuche im **Kulturbereich** konnten bis zum 20. September eingereicht werden. Per 26. Oktober liegen rund 14 800 Gesuche mit einem beantragten Volumen von 552 Millionen Franken vor. Im Vergleich zum letzten Bericht von Anfang August haben die Gesuche um 3800 bzw. 157 Millionen Franken zugenommen. Sowohl mengen- als auch wertmässig bedeutet dies einen Anstieg um knapp 40 %. Etwa 85 % sind mittlerweile bearbeitet: 8800 positive Entscheide über 131 Millionen Franken wurden gefällt. Die EFK hat 17 Einzelgesuche von Kulturunternehmen geprüft, bei denen eine Ausfallentschädigung von über 1 Million Franken beantragt wurde. Das Ergebnis ist positiv: Die Kantone bearbeiteten die Gesuche ordnungsgemäss. Mit der neuen COVID-19-Kulturverordnung vom 26. September entfällt die Ausfallentschädigung an Kulturschaffende. Somit können die problematischen Konstellationen für mögliche Überentschädigungen nicht mehr auftreten. Für Fälle vor diesem Datum bleibt das Risiko bestehen.

Das **Bundesamt für Gesundheit** beschafft unverändert nur wenige Artikel selbst, bis Mitte Oktober wurden dafür 2,9 Millionen Franken ausgegeben. Der Fokus liegt auf zwei Bereichen: Zum einen sichert das Amt der Schweiz den Zugang zu Impfstoffen, indem es mit Produzenten über den Kauf von aussichtsreichen SARS-CoV-2-Impfstoffkandidaten verhandelt. Von den dafür verfügbaren 300 Millionen Franken bestehen derzeit Verpflichtungen von 260 Millionen Franken. Davon sind rund 119 Millionen Franken ausbezahlt. Zum anderen stellt es mit Abnahmegarantien die Verfügbarkeit von Arzneimitteln sicher. Bis Mitte Oktober wurden solche Verpflichtungen über 9,7 Millionen Franken eingegangen.

Beim **Corona Erwerb ersatz** sehen die Verteilung der Entschädigungen auf die Anspruchsgruppen sowie die Brutto-Tagesentschädigung im Grossen und Ganzen unverändert aus. Per 25. Oktober sind ca. 2 Milliarden Franken ausbezahlt worden, wovon 1,8 Milliarden an Selbständigerwerbende wegen Betriebsschliessungen oder Härtefälle gehen.

Die EFK hat von den 84 Ausgleichskassen inklusive Zweigstellen etwa eine Million Datensätze zu den Corona-Erwerb ersatz-Leistungen erhalten. Hinweise auf systematische Fehler oder Missbrauch gibt es nicht. Bisher hat die EFK insgesamt rund 500 Einzelfälle zur Abklärung an das Bundesamt für Sozialversicherungen übergeben. Das Amt bearbeitet diese Fälle zeitnah und informierte die EFK, dass es bisher nur wenig Korrekturen kam.

Die Antragsfrist für die **familienergänzende Kinderbetreuung** ist am 16. September abgelaufen. Die kantonalen Stellen haben die Gesuche der Institutionen geprüft und über den Anspruch verfügt. Um sich einen eigenen Eindruck über die Arbeiten vor Ort zu verschaffen, hat die EFK zwei Vollzugsstellen in den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft besucht und eine detaillierte und aufwendige Gesuchsprüfung festgestellt. Die Kantone haben bis zum 31. Oktober 2020 Zeit, dem Bundesamt für Sozialversicherungen Rechnung zu stellen: Fällt die Prüfung der Unterlagen durch das Bundesamt positiv aus, beteiligt sich der Bund mit 33 % an den von einem Kanton übernommenen Ausfallentschädigungen.

Im **Sportbereich** konnte das Nothilfepaket abgeschlossen werden. Für nicht rückzahlbare Beiträge wurden 204 Gesuche über 11 Millionen Franken eingereicht, 3,2 Millionen wurden ausbezahlt. Die zusätzlichen Unterstützungsmassnahmen greifen: An den Profisport wurden sieben Darlehen von insgesamt 9,3 Millionen Franken ausbezahlt. Die Umsetzung des Stabilisierungspaketes 2020 mit einem Volumen von 96,8 Millionen Franken ist angelaufen. Bereits jetzt beziffert Swiss Olympic die Höhe der wohl tatsächlich benötigten Mittel auf 115 bis 120 Millionen Franken. Diese provisorischen Zahlen basieren auf ersten Meldungen der Sportverbände. Zäher entwickelt sich die Unterstützung im Bereich des professionellen bzw. semi-professionellen Sports: Die zugehörige Verordnung tritt am 1. Dezember 2020 in Kraft. Daher konnten bisher keine Darlehen vergeben werden.

Die Bestellungen der **Armeeapotheke** von 571 Millionen Franken schöpfen den Kredit zur COVID-19-Verordnung von 2,55 Milliarden Franken per Mitte Oktober bei Weitem nicht aus. Die Medizingüter, die im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit bestellt wurden, sind fast alle geliefert. Die Ware braucht Platz; die Lagerkapazitäten für das Material mussten mit entsprechenden Kosten erweitert werden.

An die Grossisten und Grossverteiler wurden Artikel über 16,2 Millionen Franken geliefert, fakturiert und von ihnen bereits bezahlt. An die Kantone wurden seit August Güter für 14,4 Millionen Franken fakturiert, davon sind per 22. Oktober 8,1 Millionen Franken noch nicht bezahlt. Die Ausstände betreffen dabei überwiegend Rechnungen vom September.

Für die Sofortmassnahmen bei der **Arbeitslosenversicherung (Kurzarbeitsentschädigung)** wurden bis Ende September mehr als 7,5 Milliarden Franken ausgegeben. Um die Anspruchsberechtigten schnell unterstützen zu können, wurde der anrechenbare Verdienstaufschlag seit Beginn der Massnahme im sogenannten «summarischen Verfahren» berechnet. Im Kern bedeutet es, dass die Ansprüche und die Zahlung der Kurzarbeitsentschädigung an die Arbeitnehmer nicht mit der Abrechnung detailliert belegt werden müssen. Die Verordnung wurde verlängert, das summarische Verfahren bedauerlicherweise bis Ende 2020 auch. Das hohe Missbrauchsrisiko ohne echte Möglichkeit zur Kontrolle bleibt bestehen. Bestätigt wird dies bisher durch die vielen Hundert Missbrauchsmeldungen, die die Arbeitslosenkassen und die EFK an das Staatssekretariat für Wirtschaft zur Klärung übergeben. Die bisherigen 36 Prüfungen vor Ort des Staatssekretariates für Wirtschaft brachten zwischen Juli und September rund 1,1 Millionen Franken zurück und führten zu sechs Strafanzeigen.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft und die EFK untersuchten gemeinsam in den Kantonen Aargau, Freiburg, Luzern, Tessin und Zürich das Vorgehen bei den kantonalen Amtsstellen und Arbeitslosenkassen. Diese kontrollieren konsequent – soweit es geht: Wenn detaillierte Daten, eindeutige Identifikationen oder unterstützende IKT fehlen, wird eine wirksame Kontrolle schwer oder unmöglich. Ein wirksames Internes Kontrollsystem kann die EFK daher kaum bestätigen. Das Thema der Kurzarbeitsentschädigung für öffentlich-rechtliche Einheiten bleibt relevant: Per Ende September warten noch über 100 Fälle von den 603, die das Staatssekretariat für Wirtschaft identifiziert hatte, in den Kantonen auf den Entscheid.

Die Überbrückungshilfe für COVID-19-**Solidarbürgschaftskredite** ist am 31. Juli 2020 ausgelaufen. Von den 136 434 vergebenen Bürgschaften hat die EFK 133 053 laufende Bürgschaften über 16,4 Milliarden Franken mit einem durchschnittlichen Betrag von 123 300 Franken auf möglichen Missbrauch überprüft. «Spitzenreiter» sind dabei Verstösse gegen das Dividendenausschüttungsverbot und deutliche Abweichungen zwischen den Umsatzmeldungen für die Solidarbürgschaften und die Mehrwertsteuer. Die EFK hat dem Staatssekretariat für Wirtschaft 4646 Fälle über 1,2 Milliarden Franken zur weiteren Abklärung übergeben. Erwartungsgemäss kommt es zu ersten Ausfällen: Per Ende Juli wurden 332 Bürgschaften im Wert von 29 Millionen Franken gezogen. Es gibt aber auch eine erfreuliche Feststellung: Rund 2900 Kredite wurden bereits zurückbezahlt; das finanzielle Volumen beträgt per 28. Oktober circa 576 Millionen Franken<sup>1</sup>.

Man weiss zum heutigen Zeitpunkt zwar, wie viele Kredite zugesagt, aber nicht, wie viele tatsächlich in Anspruch genommen wurden. Grundsätzlich ist eine solide Einschätzung des Ausfallrisikos für die Bundesrechnung und damit den Steuerzahler schwierig. Um den Informationsaustausch mit den Banken zur Bewirtschaftung der Bürgschaften zu unterstützen, bereiten die Bürgschaftsorganisationen die Einführung einer Webplattform vor.

Es zeigt sich, dass der finanzielle Schaden für **Switzerland Global Enterprise** durch pandemiebedingte Ausfälle von internationalen Fachmessen 2020 weniger stark eintritt als zu Beginn befürchtet. Durch digitale Messedurchführungen und -verschiebungen resp. Gutscheine verlagert sich das Risiko für die bereits eingegangenen Verpflichtungen von 2020 zunehmend auch nach 2021, konkrete Zahlen können erst dann beziffert werden. Bis dato wurden vom Staatssekretariat für Wirtschaft insgesamt 3 Millionen Franken in zwei Tranchen an Switzerland Global Enterprise überwiesen. Davon sind je die Hälfte für die Digitalisierung und für Messeausfälle vorgesehen. Ob und in welchem Ausmass die restliche Tranche von 1,5 Millionen Franken in Anspruch genommen werden muss, wird sich im Verlauf des Jahres 2021 zeigen.

Im **Luftfahrtbereich** steht das Vertragswerk zur Unterstützung der Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss. Bis Ende Oktober wurden von diesen Unternehmen Kredite im Umfang von 140 Millionen Franken beantragt. SR Technics hat einen ersten Kredit über 20 Millionen Franken erhalten und bereits wieder zurückgezahlt. 2021 wird die EFK prüfen, ob die Auflagen, die mit den Finanzmitteln verbunden sind, eingehalten werden.

Für die befristete Soforthilfe zugunsten der **Medien** wurden von den 57,5 Millionen Franken per 30. September vom Bundesamt für Kommunikation rund 40 ausbezahlt. Die Vorgaben beinhalten für einige Empfängergruppen Einschränkungen wie beispielsweise einen Rückzahlungszwang im Falle von Gewinnen und Verstoß gegen Dividendenausschüttungsverbote. Das Bundesamt für Kommunikation prüft, ob die Auflagen eingehalten werden.

**Missbrauch** darf nicht geduldet werden. Je näher am Geschäftsvorfall das «Alarmsystem» angehängt ist, desto schneller und leichter kann eingegriffen werden. Das gilt auch für die Datenanalysen, die die EFK durchführt. Mittelfristig sollten die Ämter selbst derartige Analysen als Teil ihrer Kernprozesse machen. Es braucht beim Amt Infrastrukturen, Daten und Personal, bevor die Analysen übergeben werden können. Daher hat die EFK entschieden, bei den «grossen» Massnahmen Corona Erwerbssersatz, Kurzarbeitsentschädigung und Solidarbürgschaften die etablierten Datenanalysen 2021 weiterzuführen. Sind die Auffälligkeiten identifiziert, geht die Arbeit erst richtig los. 540 Fälle beim Corona Erwerbssersatz,

---

<sup>1</sup> <https://covid19.easygov.swiss/#anchor-10>

4646 Fälle bei den Solidarbürgschaften und 217<sup>2</sup> Verdachtsmeldungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung (Kurzarbeitsentschädigung), die die EFK den Ämtern übergeben haben, müssen Fall für Fall geprüft werden. Gerade an diesen drei Massnahmen kann man gut sehen: Das Geld zu verteilen, ging schnell; hinterher zu korrigieren, ist harte Arbeit. Aber sie muss getan werden. Fehler müssen korrigiert, Missbräuche verfolgt werden – im Sinne einer gerechten Gleichbehandlung, auf die sich die Steuerzahler und Bezüger verlassen können müssen.

---

<sup>2</sup> 213 Fälle aus Verdachtsmeldungen an die EFK, vier Hinweise aus den 25 Dossierprüfungen bei den besuchten Stellen in fünf Kantonen

# Audits COVID-19: quatrième rapport intermédiaire

## Mesures de la Confédération, état au 15 octobre 2020

### L'essentiel en bref

---

La crise n'est pas terminée. Toutefois, l'administration fédérale fait preuve d'une routine et d'un calme de plus en plus grands face à elle. Il faut composer avec la crise comme une « nouvelle normalité ». Les mesures d'urgence mises en place quasi du jour au lendemain sont arrivées à échéance ou ont été transposées dans le droit ordinaire. Par conséquent, les audits lancés par le Contrôle fédéral des finances (CDF) en parallèle à ces mesures d'urgence arrivent eux aussi à leur terme. Ce rapport intermédiaire est ainsi le quatrième et dernier concernant les audits COVID-19 d'accompagnement du CDF pour l'année 2020. Il traite une nouvelle fois des résultats actuels et de la lutte contre les abus.

Dans le **secteur culturel**, il était possible de soumettre une demande de soutien financier jusqu'au 20 septembre. Au 26 octobre, on comptait près de 14 800 demandes, pour un volume sollicité de 552 millions de francs. En comparaison avec le rapport précédent daté du début août, 3800 demandes supplémentaires ont été déposées, ce qui équivaut à 157 millions de francs. Tant en termes quantitatifs qu'en termes de valeur, cela représente une hausse de presque 40 %. Environ 85 % des dossiers ont été traités : quelque 8800 décisions favorables ont été rendues pour un montant total de 131 millions de francs. Le CDF a examiné 17 demandes individuelles d'entreprises culturelles qui ont sollicité des indemnités pour des pertes financières supérieures à 1 million de francs. Le résultat de cet examen est positif: les cantons traitent les demandes en bonne et due forme. La nouvelle ordonnance COVID-19 culture du 26 septembre ne prévoit plus d'indemniser les acteurs culturels pour les pertes financières subies. Ce changement met fin aux situations problématiques susceptibles d'entraîner une surindemnisation. Le risque subsiste pour les demandes déposées avant la date d'entrée en vigueur de l'ordonnance.

Comme c'était le cas jusqu'à présent, l'**Office fédéral de la santé publique** n'a effectué que peu d'acquisitions jusqu'à la mi-octobre, il avait consacré 2,9 millions de francs à des achats. L'accent est mis sur deux domaines: d'une part, l'office assure l'accès de la Suisse aux vaccins contre le SRAS-CoV-2 et négocie l'achat de doses de candidats vaccins prometteurs auprès des producteurs. Des 300 millions de francs disponibles à cet effet, 260 millions sont utilisés pour ces engagements, dont 119 millions ont déjà été versés. D'autre part, il assure la disponibilité des médicaments au moyen de garanties d'achat. À la mi-octobre, les engagements de ce type portaient sur un montant de 9,7 millions de francs.

Pour les **allocations pour perte de gain COVID-19**, la répartition des indemnités entre les différents groupes cibles et l'indemnité journalière brute restent dans l'ensemble inchangées. Au 25 octobre, environ 2 milliards de francs avaient été versés, dont 1,8 milliard aux indépendants qui ont dû cesser leur activité ou qui constituent des cas de rigueur.

Les 84 caisses de compensation et leurs succursales ont fourni au CDF environ un million de données relatives aux allocations pour perte de gain COVID-19. Il n'y a aucune indication d'erreurs ou d'abus systématiques. Jusqu'à présent, le CDF a transmis environ 500 cas pour examen à l'Office fédéral des assurances sociales. Ce dernier traite rapidement ces dossiers et a informé le CDF que peu de corrections avaient dû être apportées jusqu'ici.

Pour l'**accueil extrafamilial d'enfants**, le délai pour soumettre une demande a expiré le 16 septembre. Les services cantonaux ont vérifié puis traité les requêtes des institutions. Afin de pouvoir se forger un propre avis sur le travail in situ, le CDF a visité deux organes d'exécution dans les cantons d'Argovie et de Bâle-Campagne, et a pu observer que les demandes étaient examinées de manière détaillée et exhaustive. Les cantons ont jusqu'au 31 octobre 2020 pour faire parvenir à l'Office fédéral de la santé publique leurs décomptes : si l'examen des documents par l'office est positif, la Confédération participe à hauteur de 33 % aux dépenses des cantons liées aux indemnités pour pertes financières.

Dans le **domaine du sport**, l'aide d'urgence a pu être adoptée. Les contributions non remboursables ont fait l'objet de 204 demandes pour 11 millions de francs, dont 3,2 millions ont été versés. Les mesures de soutien supplémentaires sont sollicitées: sept prêts d'un montant total de 9,3 millions de francs ont été octroyés au sport professionnel. La mise en œuvre du train de mesures de stabilisation pour l'année 2020 avec un volume de 96,8 millions de francs est en cours. Swiss Olympic estime déjà le montant des fonds effectivement nécessaires entre 115 et 120 millions de francs. Ces chiffres provisoires sont basés sur les premières déclarations des fédérations sportives. La mise en place de mesures de soutien dans les domaines du sport professionnel et semi-professionnel est, quant à elle, plus ardue: l'ordonnance correspondante entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 2020. Par conséquent, aucun prêt n'a encore pu être octroyé.

A la mi-octobre, les commandes passées par la **Pharmacie de l'armée** à hauteur de 571 millions sont loin d'épuiser le crédit de 2,55 milliards de francs fondé sur l'ordonnance COVID-19. Les commandes de matériel médical mandatées par l'Office fédéral de la santé publique ont presque toutes déjà été honorées. Les marchandises prennent de la place, ainsi les capacités de stockage ont dû être augmentées aux coûts correspondants.

L'équivalent de plus de 16,2 millions de francs d'articles ont été livrés et facturés aux grossistes et aux grands distributeurs, qui les ont déjà payés. De leur côté, les cantons se sont vu facturer des biens à hauteur de 14,4 millions de francs depuis le mois d'août, dont 8,1 millions n'avaient pas encore été acquittés au 22 octobre. Les arriérés concernent principalement des factures du mois de septembre.

À la fin du mois de septembre, plus de 7,5 milliards de francs avaient été utilisés pour les mesures d'urgence dans le domaine de l'**assurance-chômage (indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail)**. Pour pouvoir vite apporter un soutien aux ayants droits, la perte de gain prise en considération était calculée à partir du début des mesures dans le cadre d'une procédure dite sommaire. Cela signifie que le droit aux indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail et leur versement aux employés ne doivent pas être documentés en détail avec le décompte. L'ordonnance a été prolongée jusqu'à la fin de l'année 2020, avec la procédure sommaire. C'est regrettable. Le risque élevé d'abus sans possibilité réelle de contrôle persiste. Ce qui se confirme avec les centaines d'annonces d'abus, que les caisses de chômage et le CDF ont remis pour examen au Secrétariat d'État à l'économie. Les 36 inspections effectuées jusqu'à présent sur site par ce dernier ont permis de récupérer près de 1,1 million de francs entre juillet et septembre et ont débouché sur six plaintes pénales.

Le Secrétariat d'État à l'économie et le CDF ont examiné conjointement les procédures suivies par les offices cantonaux et les caisses cantonales de chômage d'Argovie, de Fribourg, de Lucerne, du Tessin et de Zurich. Ceux-ci effectuent, dans la mesure du possible, des contrôles rigoureux. Toutefois, le manque d'informations détaillées, d'identification claire ou de soutien informatique rend les contrôles efficaces difficiles voire impossibles. Le CDF peut

donc difficilement confirmer l'existence d'un système de contrôle interne efficace. Le thème de l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail pour les entités de droit public reste d'actualité: sur les 603 cas recensés par le Secrétariat d'État à l'économie, plus de 100 étaient encore en attente d'une décision des cantons à la fin du mois de septembre.

Les aides de transition pour les **cautionnements solidaires** COVID-19 sont arrivées à échéance le 31 juillet 2020. Des 136 434 cautionnements octroyés, le CDF a examiné 133 053 cautionnements en cours pour plus de 16,4 milliards de francs avec une contribution moyenne de 123 300 francs. Les abus les plus fréquents sont les violations de l'interdiction de verser des dividendes et des écarts importants entre les déclarations des chiffres d'affaires pour les cautionnements solidaires et ceux déclarés pour la TVA. Le CDF a transmis au Secrétariat d'État à l'économie 4646 cas pour un montant de 1,2 milliard de francs pour examen. Conformément aux prévisions, les premières défaillances de crédit sont constatées : fin juillet, 332 cautions pour une valeur de 29 millions de francs avaient été sollicitées. Mais il y a aussi un constat réjouissant: près de 2900 crédits ont déjà été remboursés au 28 octobre pour un volume financier d'environ 576 millions de francs.<sup>1</sup>

À l'heure actuelle, le nombre de crédits accordés est connu, mais il est impossible de dire combien ont été effectivement utilisés. En principe, il est difficile d'estimer précisément les risques de défaillance de crédit pour le compte de la Confédération et, par extension, pour les contribuables. Pour promouvoir l'échange d'informations avec les banques dans le cadre de la gestion des cautionnements, les organisations de cautionnement préparent la mise en place d'une plateforme en ligne.

Il s'avère que les pertes financières subies par **Switzerland Global Enterprise** en raison de l'annulation, pour cause de pandémie, de foires internationales spécialisées en 2020 sont moins élevées que ce qui était à craindre initialement. Grâce à des foires tenues sous forme numérique ou reportées, ou grâce à des notes de crédit, le risque affectant les engagements déjà contractés en 2020 se reporte aussi de plus en plus sur 2021. C'est à ce moment-là seulement que les chiffres concrets pourront être quantifiés. Jusqu'à présent, le Secrétariat d'État à l'économie a versé un total de 3 millions de francs en deux tranches à Switzerland Global Enterprise. Une moitié est prévue pour la numérisation et l'autre pour l'annulation des foires. La question de savoir si et dans quelle mesure il sera nécessaire de recourir à la tranche restante de 1,5 million de francs se posera au cours de l'année 2021.

Dans le domaine de la **navigation aérienne**, le cadre contractuel de soutien aux compagnies aériennes Swiss et Edelweiss est en place. À la fin du mois d'octobre, les crédits sollicités par ces entreprises atteignaient un total de 140 millions de francs. SR Technics a obtenu un premier crédit de 20 millions de francs et l'a déjà remboursé. En 2021, le CDF vérifiera si les conditions liées au financement sont bien respectées.

Pour l'aide immédiate temporaire en faveur des **médias**, l'Office fédéral de la communication avait versé environ 40 millions de francs sur un montant total de 57,5 millions prévu au 30 septembre. Pour certains groupes de bénéficiaires, les prescriptions contiennent des restrictions, par exemple une obligation de rembourser en cas de bénéfices et de violation de l'interdiction de distribuer des dividendes. L'Office fédéral de la communication vérifie si les conditions sont respectées.

---

<sup>1</sup> <https://covid19.easygov.swiss/fr/#anchor-10>

Les **abus** ne doivent pas être tolérés. Plus le «système d’alarme» est proche de la transaction, plus il est possible d’intervenir rapidement et facilement. Ce principe s’applique aussi aux analyses de données du CDF. À moyen terme, les offices devraient procéder à de telles analyses dans le cadre de leurs processus clés. Cependant, il faut que l’office dispose des infrastructures, des données et du personnel nécessaires avant que les analyses puissent lui être déléguées. C’est pourquoi le CDF a décidé de poursuivre en 2021 les analyses de données mises en place pour les principales mesures liées à la pandémie, à savoir les allocations pour perte de gain COVID-19, les indemnités en cas de réduction de l’horaire de travail et les cautionnements solidaires. Une fois que les anomalies ont été identifiées, le travail commence vraiment. 540 cas en rapport avec les allocations pour perte de gain COVID-19, 4646 cas en lien avec les cautionnements solidaires et 217<sup>2</sup> communications de soupçons dans le domaine de l’assurance-chômage (indemnités en cas de réduction de l’horaire de travail) transmis aux offices par le CDF doivent être examinés au cas par cas. L’exemple de ces trois mesures montre bien que si la distribution de l’argent a été rapide, les corrections à effectuer après coup constituent par contre un dur labeur. Il doit cependant être mené à bien. Les erreurs doivent être corrigées, les abus poursuivis, cela afin d’assurer une égalité de traitement sur laquelle les contribuables et les bénéficiaires doivent pouvoir compter.

**Texte original en allemand**

---

<sup>2</sup> 213 cas provenant de communications de soupçons envoyées au CDF, quatre indications provenant de 25 contrôles de dossiers auprès des services visités dans cinq cantons.

# Verifiche relative al COVID-19: quarto rapporto intermedio

Misure della Confederazione, stato 15 ottobre 2020

## L'essenziale in breve

---

La crisi non è finita. Tuttavia, nell'affrontarla, nell'Amministrazione federale si sono gradualmente affermate una certa routine e una forma di accettazione; bisogna considerare la crisi come una «nuova normalità». Le misure urgenti, introdotte quasi da un giorno all'altro, sono giunte al termine oppure sono state recepite nel diritto ordinario. Di conseguenza, si concludono anche le verifiche che il Controllo federale delle finanze (CDF) ha avviato per accompagnare tali misure. Questo quarto rapporto intermedio sulle verifiche di accompagnamento relative al COVID-19 effettuate dal CDF nel 2020 è quindi anche l'ultimo. Ancora una volta vengono trattati i risultati attuali e il tema della lotta contro gli abusi.

Le richieste di aiuto nel **settore della cultura** potevano essere inoltrate fino al 20 settembre. Al 26 ottobre erano pervenute circa 14 800 richieste per un volume di 552 milioni di franchi. Rispetto all'ultimo rapporto di inizio agosto il numero delle richieste è aumentato di 3800 unità, pari a un importo di 157 milioni di franchi. Ciò rappresenta un incremento di quasi il 40 per cento sia in termini di quantità che di valore. L'85 per cento circa delle richieste è stato nel frattempo elaborato: sono state prese 8800 decisioni favorevoli e versati 131 milioni di franchi. Il CDF ha esaminato 17 richieste individuali presentate da imprese culturali per indennità di perdita di guadagno pari a oltre 1 milione di franchi. Il risultato è positivo: i Cantoni elaborano le richieste correttamente. Nella nuova ordinanza COVID cultura del 26 settembre decade l'indennità di perdita di guadagno per gli operatori culturali. Questo significa che le situazioni problematiche legate a possibili sovraindennizzi non potranno più verificarsi. Per le richieste antecedenti a tale data il rischio continua a sussistere.

Come avvenuto finora, l'**Ufficio federale della sanità pubblica** acquista soltanto pochi articoli, per i quali fino a metà ottobre sono stati spesi 2,9 milioni di franchi. Gli acquisti si concentrano su due settori: da un lato, l'Ufficio garantisce alla Svizzera l'accesso ai vaccini negoziando con i produttori l'acquisto di candidati vaccini promettenti contro il SARS-CoV-2. Dei 300 milioni di franchi disponibili a questo scopo, attualmente sono stati assunti impegni per 260 milioni di franchi. Di questi, sono stati versati circa 119 milioni di franchi. D'altro lato, tramite garanzie d'acquisto, l'UFSP assicura la disponibilità di medicinali. A metà ottobre gli impegni assunti in questo ambito ammontavano a più di 9,7 milioni di franchi.

Per quanto riguarda l'**indennità di perdita di guadagno in caso di provvedimenti per combattere il coronavirus**, la ripartizione sui gruppi di beneficiari e l'importo dell'indennità giornaliera lorda sono rimasti perlopiù gli stessi. Al 25 ottobre erano stati versati circa 2 miliardi di franchi, di cui 1,8 a lavoratori indipendenti per la chiusura delle attività o per casi di rigore.

Il CDF ha ottenuto dalle 84 casse di compensazione, incluse le succursali, circa un milione di serie di dati sulla prestazione di indennità di perdita per guadagno in caso di provvedimenti per combattere il coronavirus. Non sussistono indizi di errori o abusi sistematici. Finora, un totale di circa 500 casi è stato trasmesso all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali per ottenere chiarimenti. L'Ufficio sta trattando questi casi tempestivamente e ha comunicato al CDF che finora il numero di correzioni è stato minimo.

Il termine massimo per richiedere aiuti nel settore della **custodia di bambini complementare alla famiglia** è scaduto il 16 settembre. Gli uffici cantonali hanno esaminato le richieste delle istituzioni e preso una decisione al riguardo. Per farsi un'idea dei lavori in loco, il CDF ha visitato due organi d'esecuzione nei Cantoni di Argovia e Basilea Campagna e constatato che le richieste vengono esaminate nel dettaglio e con un dispendio importante. I Cantoni hanno avuto tempo fino al 31 ottobre 2020 per presentare le fatture all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali: se la valutazione dei documenti da parte dell'UFAS dà esito positivo, la Confederazione partecipa in ragione del 33 per cento ai costi sostenuti dai Cantoni per le indennità di perdita di guadagno.

Nel **settore dello sport** è stato possibile completare il pacchetto di aiuti d'emergenza. Sono state presentate 204 richieste per contributi non rimborsabili pari a 11 milioni di franchi, 3,2 dei quali sono stati versati. Le misure di sostegno supplementari sono state attuate: per lo sport professionistico sono stati concessi sette prestiti pari a 9,3 milioni di franchi complessivi. È inoltre iniziata l'attuazione del pacchetto di stabilizzazione 2020 per un volume di 96,8 milioni di franchi. Swiss Olympic stima già l'importo dei fondi effettivamente necessari tra 115 e 120 milioni di franchi. Queste cifre provvisorie si basano sulle prime comunicazioni delle federazioni sportive. Il sostegno agli sport di livello professionistico e semiprofessionistico ha richiesto più tempo: la relativa ordinanza entrerà in vigore il 1° dicembre 2020. Pertanto, finora non è stato possibile concedere prestiti.

A metà ottobre, gli ordini della **Farmacia dell'esercito**, del valore di 571 milioni di franchi, non hanno esaurito il credito previsto dall'ordinanza COVID-19 (2,55 miliardi di franchi). Quasi tutti i prodotti medici ordinati per conto dell'UFSP sono stati consegnati. Per la merce è necessario spazio: la capacità di stoccaggio del materiale dovrebbe quindi essere ampliata a costi corrispondenti.

Ai grossisti e ai distributori all'ingrosso sono stati consegnati e fatturati articoli per più di 16,2 milioni di franchi, che essi hanno già provveduto a pagare. Da agosto, ai Cantoni sono stati fatturati beni per 14,4 milioni di franchi. Di questi, al 22 ottobre 8,1 milioni non erano ancora stati pagati. Gli scoperti riguardano principalmente le fatture del mese di settembre.

Fino alla fine di settembre, per le misure urgenti nell'ambito dell'**assicurazione contro la disoccupazione (indennità per lavoro ridotto)** sono stati spesi più di 7,5 miliardi di franchi. Per sostenere rapidamente gli aventi diritto all'indennità, dal momento in cui la misura è stata applicata, la perdita di guadagno computabile è stata calcolata nell'ambito della cosiddetta «procedura sommaria». Sostanzialmente, ciò significa che le richieste e il pagamento delle indennità per lavoro ridotto ai lavoratori non dovevano essere documentati in dettaglio nel conteggio. L'ordinanza, e purtroppo anche la procedura sommaria, sono state prorogate fino alla fine del 2020. Il rischio di abusi rimane elevato e non vi è alcuna reale possibilità di controllo. Il rischio è confermato dalle centinaia di segnalazioni di abusi che le casse di disoccupazione e il CDF hanno trasmesso alla SECO per accertamenti. Le 36 verifiche in loco finora effettuate dalla SECO hanno portato, tra luglio e settembre, a rimborsi per circa 1,1 milioni di franchi e alla presentazione di sei denunce penali.

La Segreteria di Stato dell'economia e il CDF hanno esaminato congiuntamente le procedure seguite dagli uffici cantonali del lavoro e dalle casse di disoccupazione nei Cantoni Argovia, Friburgo, Lucerna, Ticino e Zurigo. Questi organi effettuano controlli coerenti, nel limite del possibile: quando mancano dati dettagliati, identificatori univoci o TIC di supporto è difficile, se non impossibile, svolgere un controllo efficace. Il CDF non può quindi confermare la presenza di un sistema di controllo interno adeguato. La tematica dell'accesso alle indennità per lavoro ridotto da parte degli enti di diritto pubblico continua a rivestire una

certa importanza: alla fine di settembre, oltre 100 casi sui 603 totali individuati dalla Segreteria di Stato dell'economia erano ancora in attesa di una decisione dei Cantoni.

L'aiuto transitorio per le **fideiussioni solidali COVID-19** è terminato il 31 luglio 2020. Delle 136 434 fideiussioni concesse complessivamente, 133 053 fideiussioni correnti per un importo medio di 123 300 franchi e un volume totale di oltre 16,4 miliardi di franchi sono state esaminate dal CDF in relazione a eventuali abusi. Gli abusi più comuni riscontrati sono violazioni del divieto di distribuzione dei dividendi e differenze importanti tra le cifre d'affari comunicate per le fideiussioni solidali e l'imposta sul valore aggiunto. Il CDF ha trasmesso alla Segreteria di Stato dell'economia, affinché proceda a ulteriori accertamenti, 4646 casi riguardanti un importo di 1,2 miliardi di franchi. Come previsto, si sono verificate le prime perdite: a fine luglio erano state escusse 332 fideiussioni per un valore di 29 milioni di franchi. Tuttavia, si rileva anche un dato incoraggiante: 2900 crediti circa sono già stati rimborsati; al 28 ottobre il volume finanziario ammontava a circa 576 milioni di franchi<sup>1</sup>.

Per il momento è noto il numero dei crediti concessi ma non quello dei crediti effettivamente utilizzati. In linea di principio è difficile stimare con precisione il rischio di insolvenza per i conti della Confederazione e, quindi, per i contribuenti. Al fine di favorire lo scambio di informazioni con le banche per la gestione delle fideiussioni, le organizzazioni che le concedono si stanno preparando a introdurre una piattaforma elettronica.

I danni finanziari che **Switzerland Global Enterprise** ha subito a causa della cancellazione delle fiere specializzate internazionali in seguito alla pandemia sono meno gravi di quanto temuto inizialmente. Grazie allo svolgimento di fiere digitali, a rinvii e accrediti, il rischio per gli impegni già assunti del 2020 si sta protraendo sempre più anche nel 2021: solo allora si potranno avere cifre concrete. Ad oggi la Segreteria di Stato dell'economia ha versato a Switzerland Global Enterprise complessivamente 3 milioni di franchi in due tranche. La metà di questo importo è prevista per la digitalizzazione e la cancellazione delle fiere. Nel corso del 2021 si chiarirà se, e in quale misura, dovrà essere utilizzata la tranche rimanente di 1,5 milioni di franchi.

Nel **settore dell'aviazione** è in vigore l'accordo a sostegno delle compagnie aeree Swiss ed Edelweiss. Fino alla fine di ottobre, queste imprese hanno chiesto crediti per 140 milioni di franchi. SR Technics ha ottenuto un primo credito di oltre 20 milioni di franchi e lo ha già rimborsato. Nel 2021 il CDF verificherà che vengano rispettate le condizioni connesse ai mezzi finanziari.

Dei 57,5 milioni di franchi concessi per l'aiuto immediato e temporaneo a favore dei **media**, al 30 settembre l'Ufficio federale delle comunicazioni ne aveva versati circa 40 milioni. Per alcuni gruppi di beneficiari le relative condizioni prevedono alcune limitazioni, come un obbligo di rimborso nel caso di utili o di violazione del divieto di distribuire dividendi. L'Ufficio federale delle comunicazioni verifica il rispetto delle condizioni.

Gli **abusi** non possono essere tollerati. Quanto più il «sistema di allarme» è vicino all'operazione da esaminare, tanto più velocemente e facilmente è possibile intervenire. Questo vale anche per le analisi dei dati effettuate dal CDF. A medio termine, dovrebbero essere gli stessi uffici a svolgere tali analisi nell'ambito dei loro processi centrali. Ma prima che le analisi possano essere delegate agli uffici, questi necessitano di infrastrutture, dati e personale. Pertanto, il CDF ha deciso di proseguire nel 2021 le analisi dei dati stabilite per le misure più importanti, ossia indennità di perdita di guadagno in caso di provvedimenti per combattere il coronavirus, indennità per lavoro ridotto e fideiussioni solidali. Soltanto dopo

---

<sup>1</sup> <https://covid19.easygov.swiss/it/#anchor-10>

aver individuato le anomalie, il lavoro può iniziare veramente. Il CDF ha delegato agli uffici, affinché li esaminino singolarmente, 540 casi relativi alle indennità di perdita di guadagno in caso di provvedimenti per combattere il coronavirus, 4646 casi riguardanti le fideiussioni solidali e 217<sup>2</sup> segnalazioni di sospetto nell'ambito dell'assicurazione contro la disoccupazione (indennità per lavoro ridotto). Queste tre misure sono già un esempio rappresentativo: la distribuzione del denaro è una procedura rapida, correggerla successivamente è un lavoro dispendioso, che però deve essere fatto. Gli errori vanno corretti e gli abusi perseguiti al fine di garantire la parità di trattamento, principio su cui i contribuenti e i beneficiari degli aiuti devono poter contare.

**Testo originale in tedesco**

---

<sup>2</sup> 213 casi riguardanti segnalazioni di sospetto trasmesse al CDF, 4 casi sospetti riscontrati nei 25 dossier esaminati durante i sopralluoghi presso gli uffici di cinque Cantoni.

# COVID-19 audits: fourth interim report

## Federal measures as at 15 October 2020

### Key facts

---

The crisis is not over. However, an increasing sense of routine and calm in dealing with the situation is being observed in the Federal Administration; we have to come to terms with the crisis as being the "new normal". The emergency measures that were put in place virtually overnight have either expired or been incorporated into ordinary law. The audits initiated by the Swiss Federal Audit Office (SFAO) to accompany the emergency measures have thus also come to an end. This is therefore both the fourth and the last interim report on the SFAO's accompanying COVID-19 audits in 2020. Once again, the focus was on current results and combating abuse.

The deadline for applications for support in the **cultural sector** was 20 September. As of 26 October, some 14,800 applications for a total of CHF 552 million in requested funds had been received. Compared with the last report at the beginning of August, the number of applications rose by 3,800, representing a further CHF 157 million. In terms of both volume and value, this is an increase of almost 40%. Around 85% of these have now been processed: 8,800 positive decisions totalling CHF 131 million have been issued. The SFAO examined 17 individual applications from cultural entities for loss of earnings compensation totalling over CHF 1 million. The result is positive: the cantons processed the applications correctly. With the new COVID-19 Culture Ordinance of 26 September, loss of earnings compensation for the cultural sector is no longer applicable. This means that the problematic situations involving possible overcompensation can no longer arise. The risk remains for cases before this date.

The **Federal Office of Public Health** continues to procure only a small number of items itself and by mid-October CHF 2.9 million had been spent on this. The focus is on two areas: firstly, the Office secures Switzerland's access to vaccines by negotiating with manufacturers on the purchase of promising candidates for a SARS-CoV-2 vaccine. Of the CHF 300 million available for this purpose, CHF 260 million has already been committed and CHF 119 million has been paid out. Secondly, it ensures the availability of medicines through purchase guarantees. By mid-October, such guarantees had been made for a total of CHF 9.7 million.

For **COVID-19 loss of earnings compensation**, the distribution of compensation to the different groups and the gross daily payments remain broadly unchanged. As of 25 October, approximately CHF 2 billion had been paid out, of which CHF 1.8 billion went to self-employed persons due to business closures or cases of hardship.

The SFAO has received around one million data sets on COVID-19 loss of earnings compensation from the 84 compensation funds (including branch offices). There are no indications of systematic failings or abuse. To date, the SFAO has referred a total of around 500 individual cases to the Federal Social Insurance Office for clarification. The Office handles these cases promptly and has informed the SFAO that there have so far been very few corrections.

The application deadline for financial aid for **child-care outside the family** expired on 16 September. The cantonal authorities have examined the applications from the institutions and issued decisions concerning entitlement. To gain its own impression of the work being done on the ground, the SFAO visited two implementation offices in the cantons of Aargau and Basel-Landschaft and found that the applications were examined in detail and conscientiously. The cantons have until 31 October 2020 to invoice the Federal Social Insurance Office: If the Office's review of the documents is positive, the Confederation will contribute 33% of the compensation for loss of earnings paid by a canton.

In the **world of sport**, the emergency package of measures was ended. For non-repayable contributions, 204 applications worth CHF 11 million were submitted and CHF 3.2 million was paid out. The additional support measures are bearing fruit: seven loans amounting to a total of CHF 9.3 million were granted to professional sports. Implementation of the 2020 stabilisation package totalling CHF 96.8 million has begun. Swiss Olympic already estimates the amount of funds actually required to be between CHF 115 million and 120 million. These provisional figures are based on initial reports from the sports associations. Support in the area of professional and semi-professional sport is developing more slowly: the relevant ordinance comes into force on 1 December 2020. Therefore, no loans have been granted so far.

The CHF 571 million worth of orders placed by the **Armed Forces Pharmacy** as of mid-October do not even come close to using up the CHF 2.55 billion of COVID-19 Ordinance-related credit. Almost all the medical supplies ordered on behalf of the Federal Office of Public Health have been delivered. The material requires storage space; capacity for the items had to be expanded with the corresponding costs.

Items worth over CHF 16.2 million were delivered to wholesalers and major distributors, invoiced and already paid by them. Since August, goods worth CHF 14.4 million have been invoiced to the cantons, of which CHF 8.1 million remained unpaid as of 22 October. Most of the outstanding amounts relate to invoices from September.

By the end of September, more than CHF 7.5 billion had been spent on **unemployment insurance (short-time working compensation)** in terms of emergency measures. In order to be able to support those entitled to benefits quickly, the creditable loss of earnings since the beginning of the measure was calculated using the so-called "summary procedure". In essence, this means that the entitlements and the payment of the short-time working compensation to the employees do not have to be documented in detail in the invoice. The ordinance was extended, and regrettably so was the summary procedure until the end of 2020. The high risk of abuse without any real means of verification remains. This has been confirmed by the many hundreds of reports of abuse that the unemployment insurance funds and the SFAO have submitted to the State Secretariat for Economic Affairs for clarification. The 36 on-site checks carried out by the State Secretariat for Economic Affairs between July and September have so far recovered around CHF 1.1 million and led to criminal charges being filed in six cases.

The State Secretariat for Economic Affairs and the SFAO jointly investigated the procedures at the cantonal authorities and unemployment insurance funds in the cantons of Aargau, Fribourg, Lucerne, Ticino and Zurich. They carry out consistent checks, as far as possible. If detailed data, unambiguous IDs or supporting ICT are missing, effective monitoring becomes difficult or impossible. The SFAO is therefore not in a position to confirm the existence of an effective internal control system. The issue of short-time working compensation for public law entities remains relevant: at the end of September, more than 100 of the

603 cases identified by the State Secretariat for Economic Affairs were still awaiting a decision in the cantons.

The bridging credits for COVID-19 **credits with joint and several guarantee** expired on 31 July 2020. Of the 136,434 guarantees issued, the SFAO reviewed 133,053 current guarantees totalling CHF 16.4 billion, with an average CHF 123,300, for potential abuse. "The front runners" in this respect are violations of the ban on dividend payments and significant discrepancies between the turnover reports for the joint and several guarantees and those for value added tax. The SFAO has referred 4,646 cases involving CHF 1.2 billion to the State Secretariat for Economic Affairs for further clarification. As expected, the first defaults have been recorded: At the end of July, 332 guarantees worth CHF 29 million had been called in. However, there is also one encouraging finding: around 2,900 loans have already been repaid; as of 28 October, their financial value stood at around CHF 576 million<sup>1</sup>.

It is currently known how many loans have been approved, but not how many have actually been used. In principle, it is difficult to make a sound estimate of the default risk for the federal financial statements and thus for the taxpayer. In order to support the exchange of information with the banks on the management of the guarantees, the guarantee organisations are preparing to introduce a web platform.

It appears that the financial loss incurred by **Switzerland Global Enterprise** due to international trade fair cancellations caused by the pandemic in 2020 will be less severe than initially feared. As a result of digital trade fair events and deferred credits, the risk for the commitments already made in 2020 is increasingly shifting to 2021; only then will it be possible to provide concrete figures. To date, the State Secretariat for Economic Affairs has transferred a total of CHF 3 million in two tranches to Switzerland Global Enterprise. Half of this is earmarked for digitalisation and half for trade fair cancellations. Whether and to what extent the remaining credit tranche of CHF 1.5 million will have to be drawn on will become clear in the course of 2021.

In the **aviation sector**, the contractual agreement is in place to support the airlines Swiss and Edelweiss. By the end of October, these companies had applied for loans totalling CHF 140 million. SR Technics received its first loan of CHF 20 million and has already repaid it. In 2021, the SFAO will examine whether the conditions attached to the financial support are being met.

As of 30 September, some CHF 40 million of the CHF 57.5 million in emergency temporary assistance for the **media** had been paid out by the Federal Office of Communications. For some groups of recipients, the conditions include restrictions such as a repayment obligation if profits are made or dividend distribution prohibitions are violated. The Federal Office of Communications checks whether the conditions are being complied with.

**Abuse** must not be tolerated. The closer the "alarm system" is to the transaction, the faster and easier it is to intervene. This also applies to the data analyses carried out by the SFAO. In the medium term, the offices themselves should carry out such analyses as part of their core processes. They need infrastructure, data and personnel before the task of performing these analyses can be handed over. The SFAO has therefore decided to continue the established data analyses in 2021 for the "major" measures: COVID-19 loss of earnings compensation, short-time working compensation and joint and several guarantees. Once the

---

<sup>1</sup> <https://covid19.easygov.swiss/#anchor-10>

anomalies have been identified, the real work begins. 540 cases of COVID-19 loss of earnings compensation, 4,646 cases of joint and several guarantees and 217<sup>2</sup> reports of suspicion in the area of unemployment insurance (short-time working compensation), which the SFAO has transferred to the offices, must be examined on a case-by-case basis. These three measures in particular are a good example of how distributing the money was quick to do but making corrections afterwards is hard work. Nonetheless, this must be done. Mistakes must be corrected, cases of abuse must be pursued – in the spirit of fair and equal treatment, on which taxpayers and recipients must be able to rely.

**Original text in German**

---

<sup>2</sup> 213 cases from suspicion reports to the SFAO, 4 reports from the 25 dossier reviews at the offices visited in five cantons

# 1 Auftrag und Vorgehen

## 1.1 Ausgangslage

Über die Massnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 bzw. deren wirtschaftlicher Folgen braucht es eine wirksame Finanzaufsicht. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat daher ihr Vorgehen in besonders betroffenen Bereichen geändert. Die Ex-post-Prüfungen von Entschädigungsprogrammen wurden, wo sinnvoll, durch vorgängige bzw. begleitende Prüfungen ersetzt.

Die EFK hat am 18. März 2020 alle Generalsekretariate und betroffenen Amtsleitungen über das geänderte Vorgehen informiert. Die Möglichkeiten und Modalitäten der begleitenden Prüfung wurden mit den jeweiligen Ämtern besprochen; das Prüfungsvorgehen wurde flexibel an die jeweiligen Entwicklungen angepasst.

## 1.2 Prüfungsziel und -fragen

Die Zielsetzungen der EFK-Prüfungen umfassen zwei Hauptkriterien:

- Einfach und schnell – die Mittel müssen schnell und möglichst unkompliziert bei den Berechtigten ankommen.
- Fehler- und missbrauchsfrei – die Mittel dürfen nur an die tatsächlich Berechtigten vergeben werden bzw. dort endgültig verbleiben.

In den Prüfungen kommen drei Vorgehen zur Anwendung, die je nach Massnahme selektiert bzw. kombiniert werden:

- Prüfung der Vorgaben: Beinhalten Weisungen, Kreisschreiben, Instruktionen, Formulare, Musterverträge, -verfügungen, -vereinbarungen etc. die nötigen Informationen, sind sie verständlich und bilden sie die Notverordnungen korrekt ab? Sind die Prozesse effizient und zielführend aufgesetzt?
- Prüfung von Dossiers: Werden die Mittel nur an Berechtigte verteilt, erfolgt die Vergabe vorgabenkonform? Entsprechen bei den Beschaffungen die Lieferungen und die Rechnungen dem Bestellten (Qualität, Preis, Menge)? Je nach Volumen prüft die EFK stichprobenweise oder alle Transaktionen.
- Datenanalysen: An die Mittelvergabe sind Bedingungen geknüpft. Ausserdem stehen viele Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen COVID-19-Folgen in Abhängigkeit zu anderen Massnahmen (Subsidiaritäten, zeitliche Abfolgen etc.). Die Einhaltung dieser Vorgaben wird durch Datenanalysen überprüft, auch über die Massnahmen hinweg.

## 1.3 Mögliche weitere Prüffelder

Neben den geprüften Bereichen gibt es noch eine Vielzahl weiterer Massnahmen des Bundes mit deutlichen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen. Die EFK wird diese beobachten bzw. behält sich Prüfungen zu einem späteren Zeitpunkt vor. Dies betrifft insbesondere die Bereiche

- Tourismus
- Gesundheitsschutz und Prävention
- Spezialregime Bürgerschaftswesen
- Landwirtschaft
- Beiträge an internationale Organisationen, humanitäre Hilfe
- Einnahmeausfälle (Steuern und Zölle)
- Geschäftsmieten Härtefallregelung
- Abgeltungen öffentlicher Verkehr
- Testkosten SARS-CoV-2 bei gemäss Bundesamt für Gesundheit definierten Personen
- Externe Berater.

## 1.4 Zusammenarbeit mit den Kantonalen Finanzkontrollen

Einige COVID-19-Massnahmen des Bundes werden auf kantonaler Ebene vollzogen oder werden nur geleistet, wenn sich die Kantone finanziell beteiligen. In anderen Fällen leisten Kantone zusätzlich zum Bund Unterstützungsleistungen. Um dieses Zusammenspiel und die Abhängigkeiten zu verstehen und zu prüfen, steht die EFK im Kontakt mit ihren kantonalen Schwesterorganisationen. Es werden gemeinsame Themen und eine mögliche Zusammenarbeit identifiziert. Informationen, die für beide föderalistische Ebenen und die Prüfungen der Finanzkontrollen relevant sind, werden ausgetauscht.

## 1.5 Summarische Zwischenberichterstattung

Die EFK schliesst mit diesem vierten Bericht ihre periodische Berichterstattung über die begleitenden Prüfungen in 2020 an die Finanzdelegation der eidg. Räte ab. Der vorliegende Bericht berücksichtigt wesentliche Ergebnisse bis zum 15. Oktober<sup>3</sup>. Die betroffenen Ämter wurden vorgängig konsultiert und erhielten die Gelegenheit zu einer kurzen generellen Stellungnahme. Formelle Schlussbesprechungen fanden keine statt.

In einigen Bereichen sind Prüfungshandlungen noch bis Anfang 2021 zu erwarten; über deren Ergebnisse wird die Finanzdelegation der eidg. Räte in einer Notiz informiert.

Der Bericht fasst die Zwischenergebnisse aus elf Prüfungen zusammen. Diese sind mit den jeweiligen Teams in der Übersicht im Anhang 2 aufgelistet. Die Gesamtleitung und Berichterstattung erfolgt durch Brigitte Christ, Stellvertretende Direktorin.

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

---

<sup>3</sup> Corona Erwerbsersatz: Zahlen der Zentralen Ausgleichsstelle vom 25. Oktober; Bundesamt für Kultur: Zahlen per 26. Oktober

## 2 Aktueller Stand der Massnahmen

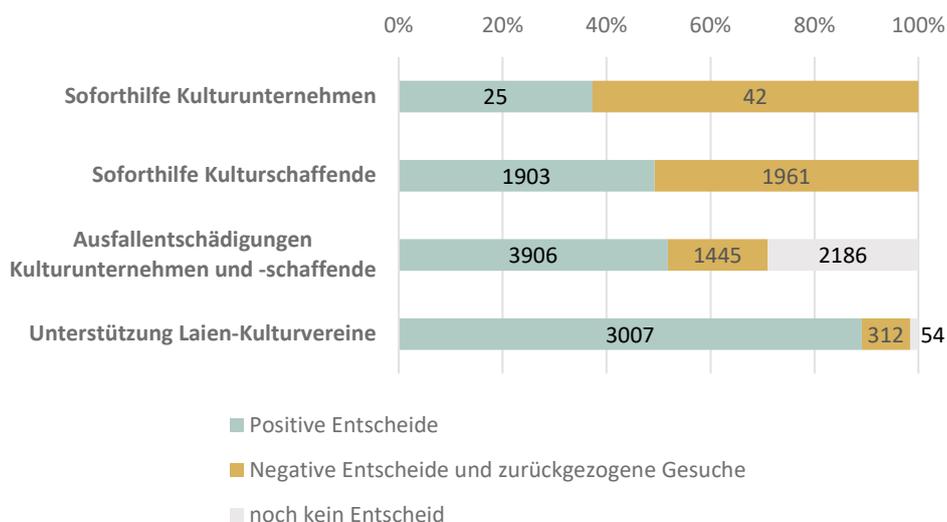
### 2.1 Neue COVID-19-Kulturverordnung verringert die Komplexität der Unterstützung für Kulturschaffende

Zu Beginn der Massnahme hatte die EFK je fünf Gesuche aus 22 Kantonen geprüft. Jetzt, nach Ende der Massnahme am 20. September 2020, schaut sich die EFK erneut Dossiers im Detail an: Diesmal geht es um rund 50 Gesuche von Kulturunternehmungen mit einer beantragten Ausfallentschädigung von über 1 Million Franken. Nach Abschluss dieser Dossierprüfungen wird sich die EFK aus den begleitenden Prüftätigkeiten im COVID-19-Kulturbereich zurückziehen.

Die EFK prüfte bisher bei 10 Kantonen 17 Einzelgesuche. Von der beantragten Summe von 42 Millionen Franken haben die Kantone bei diesen Gesuchen 20 Millionen bzw. 48 % provisorisch zugesichert. Häufig brauchen die Vollzugsstellen in den Kantonen mehrere Kontakte, um die Sachverhalte für eine möglichst korrekte Schadenberechnung zu klären. Verschiedene Kantone leisten eine Teilzahlung und sehen je nach Einzelfall vor, erst wenn alle Zahlen und Fakten vorliegen, 2021 eine Schlussabrechnung vorzunehmen.

Die Gesuche werden durch die Kantone ordnungsgemäss bearbeitet. Zur Behandlung von grossen Ausfallentschädigungen haben die Kulturämter vermehrt finanzielle Fachkompetenzen von den Kantonalen Finanzkontrollen oder externen Treuhandfirmen beigezogen. Zudem zeigte sich, dass sich der regelmässige Austausch zwischen den Kantonen und den Delegierten der Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten mit dem Bundesamt für Kultur bewährt hat. Viele zu Beginn aufgetretenen Anwendungsfragen konnten so geklärt und in einem FAQ (Frequently Asked Questions) festgehalten werden.

Dem Bundesamt für Kultur liegen per 26. Oktober insgesamt 14 800 Gesuche mit einem beantragten Volumen von 552 Millionen Franken vor. Die Anzahl der Gesuche um Ausfallentschädigung und die angefragte Schadenssumme haben in der letzten Woche der Eingabemöglichkeit um rund 23 % zugenommen. Die Anzahl der Gesuche und das finanzielle Volumen pro Gesuchsart sind in Anhang 1, Grafiken G1 und G2 dargestellt. Der Bearbeitungsstand pro Leistungsart stellt sich folgendermassen dar:



**Abbildung 1: Status der Gesuchsbearbeitung**

**Lesbeispiel:** Bis zum 26.10. 2020 sind von den 3373 eingegangenen Gesuchen für die Unterstützung der Laien-Kulturvereine 3007 bewilligt worden. Dies entspricht etwa 90 % aller Gesuche in diesem Bereich.

**Datengrundlage:** Bundesamt für Kultur, Datenanalyse: EFK, Stand: 26.10.2020

Insgesamt wurden 3760 Gesuche abgelehnt oder zurückgezogen sowie 8800 positive Entscheide im Umfang von 131 Millionen Franken getroffen. Rund 85 % aller Gesuche sind abschliessend bearbeitet. Der Anteil verfügbarer Gesuche für Ausfallentschädigungen bei den Kantonen variiert gemäss Angaben der Kantone zwischen 54 und 99 %.

Wie im letzten Bericht erwähnt, gleicht die EFK periodisch die rund 3900 bei Suisseculture Sociale eingegangenen Gesuchen («Soforthilfe für Kulturschaffende») mit den Zahlungen des Corona Erwerbsersatzes ab. Die Auswertung ergab, dass in 117 Fällen rund 310 000 Franken Erwerbsersatzleistungen nicht angerechnet worden sind. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei der Auszahlung der Soforthilfe im April 2020 der definitive Entscheid für den Corona Erwerbsersatz noch nicht vorlag und deshalb nicht berücksichtigt werden konnte. Die 117 Kulturschaffenden wurden von Suisseculture Sociale im September über die Situation informiert. Die Rückforderungen gegenüber den Kulturschaffenden sollen gemäss Suisseculture Sociale in der ersten Novemberwoche erfolgen.

Wie bereits früher erwähnt, bestehen hinsichtlich der Anrechnung anderer Entschädigungen – insbesondere Corona Erwerbsersatz – unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Bundesamt für Kultur und der EFK. Bei Kulturschaffenden, die sowohl Soforthilfe bei Suisseculture Sociale als auch Ausfallentschädigungen beim Kanton erhalten, führte die bisherige Praxis bei gewissen Fallkonstellationen zu einer Überentschädigung. Die EFK geht von einem geschätzten potenziellen finanziellen Höchstumfang von einigen wenigen Millionen Franken aus. Das Bundesamt für Kultur beurteilt das Vorliegen einer Überentschädigung rechtlich anders als die EFK und hält an seiner bisherigen Auffassung dazu fest. Mit Inkraftsetzung der neuen COVID-19-Kulturverordnung ab 26. September 2020 wird zur Vereinfachung des geltenden Systems die bisherige Ausfallentschädigung an Kulturschaffende nicht mehr weitergeführt. Das bedeutet, dass die Abhängigkeit zwischen den beiden Massnahmen für Kulturschaffende und somit die Frage der Anrechnung des Corona Erwerbsersatzes künftig entfällt. Kulturschaffende können nun einzig bei Suisseculture Sociale Nothilfe beantragen.

Kulturunternehmen und -schaffende konnten im Rahmen der beantragten Hilfen auch Mietzinsen als anrechenbare Kosten ausweisen. Das im Herbst 2020 ans Parlament zur Beratung überwiesene COVID-19-Geschäftsmietengesetz sieht einen Anspruch auf Reduktion von 60 % des Mietzinses für die im Frühjahr verordneten Betriebsschliessungen vor. Das Bundesamt für Kultur geht momentan davon aus, dass sich dies rückwirkend auf die bereits bezahlten Leistungen auswirken wird. Die EFK spricht sich nachdrücklich für eine möglichst einfache Lösung aus.

#### **Stellungnahme des Bundesamtes für Kultur**

Das Bundesamt für Kultur hält fest, dass die Bearbeitung der bis am 20. September 2020 eingereichten Gesuche in den Bereichen Soforthilfe und Laien per Ende Oktober 2020 bis auf wenige Einzelfälle abgeschlossen wurde. Bei den Ausfallentschädigungen besteht noch eine Restanz von rund 2200 Gesuchen. In Bezug auf die Thematik der Überentschädigung verweist das Bundesamt für Kultur erneut auf die Lehre und die bundesgerichtliche Rechtsprechung. Die Praxis der Durchführungsstellen der Covid-Verordnung Kultur steht damit im Einklang. Betreffend Umfang der angeblichen Überentschädigung von nach Auffassung der EFK «wenigen Millionen Franken» unterstreicht das Bundesamt für Kultur, dass es sich dabei um einen sehr theoretischen Maximalwert handelt. Abschliessend dankt das Bundesamt für Kultur der EFK für die konstruktive Begleitung und geht davon aus, dass es weiterhin auf die Unterstützung der EFK beim Datenabgleich zwischen Soforthilfe und Corona-Erwerbsersatz zählen darf.

## **2.2 Fokus auf den Vorverträgen für Impfstoffe und Abnahmegarantien für Arzneimittel beim Bundesamt für Gesundheit**

Das Bundesamt für Gesundheit, in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, verhandelt mit Impfstoffproduzenten über den Kauf von aussichtsreichen SARS-CoV-2-Impfstoffkandidaten. Dabei werden verschiedene Kanäle verfolgt: die direkte Beschaffung durch die Schweiz, den gemeinsamen Einkauf mit anderen Staaten und ein globales Einkaufsprogramm auf multilateraler Ebene. Bis anhin hat der Bundesrat für diese Beschaffungen 300 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Mit den bisher unterschriebenen Vereinbarungen ist die Schweiz Zahlungsverpflichtungen von 260 Millionen eingegangen. Davon wurden bereits 118,5 Millionen Franken für Reservations- bzw. Kaufverträge ausbezahlt.

Im Bereich der Beschaffung von Arzneimitteln nimmt das Bundesamt für Gesundheit eine Vermittlerrolle ein. Arzneimittel werden nur im Ausnahmefall direkt eingekauft. Üblicherweise wird die Verfügbarkeit mittels Vereinbarung von Abnahmegarantien mit den Lieferanten sichergestellt. Bis Mitte Oktober wurden Verpflichtungen über 9,7 Millionen Franken eingegangen. Die effektiv erfolgten Zahlungen belaufen sich bisher auf 2,9 Millionen Franken, wovon rund 1 Million auf eingegangene Abnahmeverpflichtungen entfällt. Die Kreditausschöpfung liegt momentan bei einem Drittel. Je nach Pandemieverlauf können sich die Ausgaben jederzeit stark erhöhen.

Die EFK führte beim Bundesamt für Gesundheit bisher nur Abklärungen in den erwähnten Bereichen durch. Die Arbeiten der EFK in diesem Bereich sind abgeschlossen.

#### **Stellungnahme des Bundesamtes für Gesundheit**

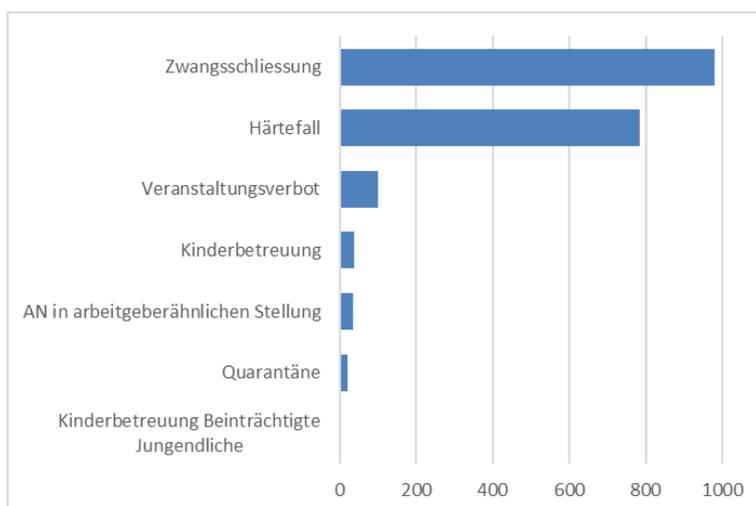
Das Bundesamt für Gesundheit verzichtet auf eine Stellungnahme.

## 2.3 Trotz hoher Zunahme der Auszahlungen beim Corona Erwerbssersatz gibt es wenig Missbräuche

Die ursprünglich per 16. September 2020 abgelaufene Verordnung zum Corona Erwerbssersatz wurde im Bereich der Leistungen letztmals am 11. September überarbeitet. Die Geltungsdauer wurde bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Ursprünglich war eine stillschweigende Verlängerung der Ansprüche geplant. Die EFK erachtet es hingegen als wichtig, dass eine Anspruchsverlängerung ab dem 17. September 2020 explizit, aber möglichst einfach beantragt werden sollte. Ausserdem sollten die Anspruchsvoraussetzungen periodisch überprüft werden. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat beide Empfehlungen aufgegriffen. Die definitive Verordnung geht nun weiter: Die Ansprüche sind per 16. September erloschen, für weitere Leistungen ist ein neues Gesuch einzureichen. Dadurch kann eine unberechtigte Verlängerung erfreulicherweise ausgeschlossen werden, bei den weiterhin Berechtigten kann es aber zu einer Verzögerung der nächsten Auszahlung kommen.

Am 26. September hat das Parlament das neue COVID-19-Gesetz beschlossen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Verordnung Corona Erwerbssersatz, sodass diese bereits wieder überarbeitet wird. Das COVID-19-Gesetz führt zu grösseren Systemänderungen, die unweigerlich zu Anpassungen der bisherigen Instrumente vom Bundesamt für Sozialversicherungen und der Ausgleichskassen führen wird (z. B. neue Antragsformulare aufgrund zusätzlicher Angaben). Die EFK wird diese Weiterentwicklung nicht mehr im Rahmen der bisherigen Prüftätigkeit weiterverfolgen und beurteilen.

Seit dem letzten EFK-Zwischenbericht, Stand 31. Juli 2020, haben sich die ausbezahlten Entschädigungen gemäss Bericht der Zentralen Ausgleichsstelle vom 25. Oktober von 1,1 auf 2 Milliarden Franken um 82 % erhöht. Per Stichtag wurden in rund 219 000 Fällen Leistungen erbracht. Mit 166 000 Fällen bzw. rund 1,76 Milliarden Franken bleibt der Anteil der Entschädigungen für Betriebsschliessungen und Härtefälle bei Selbständigerwerbenden unverändert hoch. Die Summe nach Leistungsarten (in Millionen Franken) sieht folgendermassen aus:



**Abbildung 2: Summen Corona Erwerbssersatz in Millionen Franken**

**Lesebeispiel:** Bis 25.10.2020 wurden Corona-Erwerbssersatz-Leistungen in der Höhe von 980 Millionen Franken für Zwangsschliessungen ausgezahlt.

**Datengrundlage:** Bericht der Zentralen Ausgleichsstelle, Stand 25.10.2020

Per 26. September verfügt die EFK über rund eine Million Datensätze von allen 84 Ausgleichskassen und Zweigstellen. Mit 341 999 Datensätzen stammt mehr als ein Drittel von den kantonalen Ausgleichskassen Zürich, Bern und Tessin. Branchenmässig dominieren nach wie vor drei Sektoren: personenbezogene Dienstleistungsbereiche (z. B. Coiffeure) mit ca. 320 Millionen Franken, Gesundheitswesen (insbesondere paramedizinischer Sektor) mit etwa 291 Millionen Franken und Autogewerbe (Verkauf und Werkstatt) mit rund 191 Millionen Franken. Der Anteil der Selbständigerwerbenden, die Leistungen erhalten, liegt im Kanton Tessin unverändert hoch bei 60 %. Im Vergleich weisen die Innerschweizer Kantone Anteile unter 30 % auf. Der Schweizerische Durchschnitt liegt bei 37 %.

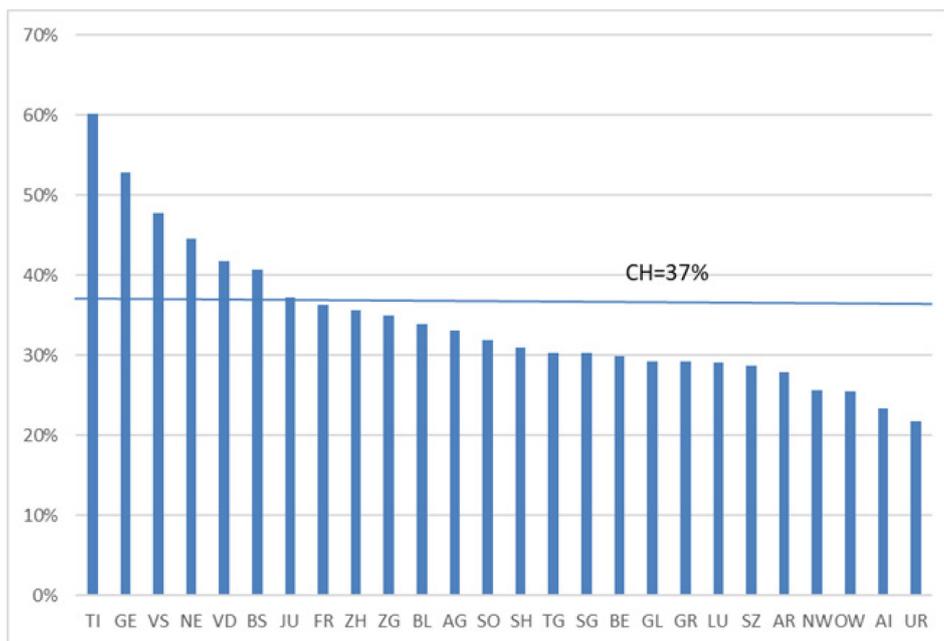


Abbildung 3: Anteil Selbständigerwerbende mit Corona Erwerbsersatz pro Kanton

**Lesebeispiel:** Im Kanton Basel-Stadt haben 41 % aller Selbständigerwerbenden Corona Erwerbsersatzzahlungen erhalten. Der Schweizerische Durchschnitt liegt bei 37 %.

**Datengrundlage:** Corona-Erwerbsersatz-Analyse EFK, Stand 26.9.2020; schweizweite Anzahl Selbständigerwerbende Bundesamt für Statistik, Periode 2016–2018; Selbständige pro Kanton basieren auf Postleitzahl-Analyse der EFK.

Gegenüber dem letzten Statusbericht haben sich die durchschnittlich ausgerichteten Beiträge an Selbständigerwerbende für Betriebsschliessungen und Härtefälle, regional betrachtet, kaum verändert. Die höchste durchschnittliche Gesamtsumme pro Selbständigerwerbenden liegt unverändert im Kanton Tessin bei 16 100 Franken bzw. die tiefste im Kanton Bern bei 12 400 Franken (siehe Abbildung G3 in Anhang 1).

Bei allen Grafiken ist zu beachten, dass Faktoren wie Teilzeitpensa, mehrere Arbeitsverhältnisse pro Bezüger und ein unterschiedlicher Bearbeitungsstand in den Ausgleichskassen die Ergebnisse beeinflussen und nicht spezifisch ausgewiesen sind.

Von der Million Datensätzen erfüllen rund 344 000 diverse Risikokriterien, die die EFK mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen festgelegt hat. Davon hat die EFK bisher circa 11 600 Datensätze vertieft analysiert. Per Ende August hat sie 350 potenziell fehlerhafte Fälle an das Bundesamt für Sozialversicherungen gemeldet. Damit kumuliert sich die Gesamtzahl der gemeldeten Fälle auf 540, von denen das Amt gegen 200 abgeklärt hat. Bei rund 30 Fällen führte dies zu effektiven Korrekturen.

Die stark angestiegene Zahl ist vorwiegend auf Betreuungsfälle während der Schulferien zurück zu führen. Bezüglich der Art der möglichen Fehlerquellen gab es kaum Veränderungen zum letzten Zwischenbericht.

Aufgrund der Verlängerung der Anspruchsfrist bis zum 31. Dezember 2021 wird die EFK die Datenanalysen auch 2021 weiterführen, um das Bundesamt für Sozialversicherungen weiterhin bei seinen Arbeiten zur Missbrauchsbekämpfung zu unterstützen.

#### **Stellungnahme des Bundesamtes für Sozialversicherungen**

Die Abklärungen bezüglich Betreuungsfälle in den Schulferien haben ergeben, dass die Nachweise für den Ausfall der vorgesehenen Kinderbetreuung bei den Kassen vorlagen. Es handelte sich also um berechnete Leistungsbezüge. Diese Information ist jedoch nicht in den übermittelten Daten enthalten und deshalb mussten die Abklärungen direkt bei den Kassen vorgenommen werden. Das erklärt die hohe Anzahl Verdachtsfälle. Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass es gemessen am Gesamtvolumen relativ wenige Personen waren, die die Leistung für die Kinderbetreuung in den Schulferien in Anspruch nehmen mussten.

Die Zusammenarbeit zwischen der EFK und dem BSV bei der Datenanalyse ist aus unserer Sicht ein Erfolgsmodell.

## **2.4 Detaillierte Gesuchsprüfung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung in allen drei besuchten Kantonen**

Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung haben einen Rechtsanspruch auf Ausfallentschädigung nach der COVID-19-Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung des Bundes. Die Verordnung ist am 17. März 2020 in Kraft getreten mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten. Die Verordnung und präzisierenden Richtlinien regeln die Rechte und Pflichten der Beteiligten. Da sie dem kantonalen Recht übergeordnet sind, sind in Kantonen, die bereits vor der Bundesregelung Leistungen an die Anspruchsgruppe ausgerichtet haben, Anpassungen mit entsprechendem Mehraufwand notwendig, sofern sie von den Bundessubventionen profitieren wollen.

Die Frist für die Einreichung der Gesuche von den Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung lief vom 17. Juni bis zum 17. Juli. Die zuständigen kantonalen Vollzugsstellen haben die Gesuche geprüft und über den Anspruch entschieden bzw. verfügt. Die Frist dafür endete am 16. September mit dem Ablauf der Geltungsdauer der Verordnung. Den Kantonen wurde jedoch aufgrund des erwähnten Mehraufwands und des grossen Zeitdrucks die Möglichkeit eröffnet, Gesuche, bei denen Entscheide anderer Behörden noch ausstehend waren (z. B. Kurzarbeitsentschädigungen), mittels Verfügungen unter Vorbehalt zu entscheiden, damit diese bei Bedarf nachträglich noch korrigiert werden können.

Die EFK hat mit zwei kantonalen Finanzkontrollen die zuständigen Vollzugsstellen in den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft vor Ort besucht und sich durch den Gesuchsprozess führen lassen. Mit der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt fand ein telefonischer Austausch statt. Auch wenn das Ergebnis nicht repräsentativ ist: Alle drei Kantone haben durchdachte Gesuchs- und Prozessunterlagen erstellt und Ressourcen für eine detaillierte, aber auch aufwendige Gesuchsprüfung bereitgestellt. Die jeweiligen kantonalen Finanzkontrollen unterstützen diesen Prozess mit begleitenden oder nachgelagerten Dossierprüfungen. Damit endet die Tätigkeit der EFK in den Kantonen.

Der Bund beteiligt sich mit 33 % an den Ausfallentschädigungen. Die Gesuche der Kantone um Abrechnung des Bundesbeitrags müssen bis spätestens 31. Oktober 2020 beim Bundesamt für Sozialversicherungen eingereicht werden. Erst dann ist eine Aussage über das finanzielle Gesamtvolumen dieser Leistungen möglich. Das Bundesamt wird die Gesuche bzw. die Rechnungen aus den Kantonen bearbeiten; die EFK wird in diesem Prozess letzte Prüfungshandlungen vornehmen.

### Stellungnahme des Bundesamtes für Sozialversicherungen

Das Bundesamt für Sozialversicherung wird die Gesuche der Kantone prüfen. Es wird dabei im Rahmen von Stichprobenkontrollen die gesamten Gesuchsunterlagen einiger von den Kantonen bewilligter Gesuche der Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung einverlangen und genauer analysieren. Zurzeit liegen dazu noch keine Ergebnisse vor.

## 2.5 Bundesamt für Sport: Nothilfepaket abgeschlossen, Stabilisierungspaket und Darlehen an Profiligen sind in Arbeit

Die Leistungen müssen nach ihrer Art unterschieden werden.

**Nothilfe:** Die Sportorganisationen hatten bis zum 30. Juni Zeit, ihren Antrag auf finanzielle Unterstützung gemäss der in der Sportverordnung COVID-19 vorgesehenen Nothilfe-Massnahmen zu stellen. Das Bundesamt für Sport hat die Prüfung der total 204 Gesuche für nichtrückzahlbare Finanzhilfen und sieben Gesuche des Profisports für Darlehen abgeschlossen. Das dabei vom Bundesamt für Sport gewählte Vorgehen wird von der EFK anhand von rund 40 geprüften Einzelfällen als wirtschaftlich und zielführend beurteilt. Die Situation am 15. Oktober 2020 stellt sich folgendermassen dar:

Nicht rückzahlbare Finanzhilfe des Bundes nach Sportverband	Anzahl Gesuche	Millionen Franken		
		Ersucht	Abgelehnt	Ausbezahlt
Fussball	68	2,6	1,7	0,9
Basketball	18	1,9	1,1	0,8
Eishockey	22	1,4	1,1	0,3
Leichtathletik	6	1,0	0,9	0,1
Andere Sportarten	90	4,1	3,0	1,1
<b>Total</b>	<b>204</b>	<b>11,0</b>	<b>7,8</b>	<b>3,2</b>
Kredit				50,0
Übertrag ins Stabilisierungspaket Sport				46,8

Tabelle 1: Gesuche Nothilfe in Form nicht rückzahlbarer Beiträge

Darlehen des Bundes	Anzahl Gesuche	Millionen Franken		
		Ersucht	Abgelehnt	Ausbezahlt
Fussball	4	7,1	0,1	7,1
Eishockey	2	7,4	5,2	2,2
Radsport	1	1,0	1,0	0,0
<b>Total</b>	<b>7</b>	<b>15,5</b>	<b>6,3</b>	<b>9,3</b>

Tabelle 2: Gesuche Nothilfe in Form von Darlehen (Profisport)

Die EFK gliedert nach der Bearbeitung aller Gesuche durch das Bundesamt für Sport die Daten zwischen den Empfängern von Nothilfen nach Sportverordnung und denen der Kurzarbeitsentschädigungen ab. 16 Vereine bezogen sowohl Mittel vom Bundesamt für Sport als auch Kurzarbeitsentschädigung. Diese ist zulässig, wird aber angerechnet. In allen 16 Fällen haben die Antragsteller in den Gesuchen diesen Sachverhalt korrekt offengelegt und in der Liquiditätsplanung berücksichtigt.

**Stabilisierungspaket Sport:** Der Bundesrat hat am 20. Mai 2020 beschlossen, zusätzliche Beihilfen im Bereich Leistungs- und Breitensport bereitzustellen und die Verordnung zur Förderung des Sports<sup>4</sup> entsprechend geändert. Das Parlament genehmigte daraufhin für 2020 zusätzliche Mittel im Umfang von 50 Millionen Franken (Stabilisierungspaket Sport). Zu dieser Summe wird der nicht verwendete Restbetrag des Sportkredits COVID-19 («Nothilfe») hinzugefügt. Gesamthaft stehen dadurch für das Stabilisierungspaket Sport im Jahr 2020 96,8 Millionen Franken zur Verfügung.

Die Verteilung dieser Finanzhilfen erfolgt durch Swiss Olympic als Dachverband des Sports. Das Bundesamt für Sport und Swiss Olympic unterzeichneten am 30. Juni eine entsprechende Vereinbarung. Diese legt die Bedingungen für die Gewährung sowie einen Verteilungsschlüssel auf die Sportarten fest. Die Verbände hatten eine Frist bis zum 30. September (Wintersportverbände bis 31. Oktober), um ihren Antrag in Form eines Stabilisierungskonzepts bei Swiss Olympic einzureichen. Sie müssen nachweisen, inwiefern sie und ihre strukturelevanten Organisationen finanziell unter den Massnahmen gegen das Coronavirus gelitten haben. Genehmigt Swiss Olympic das Konzept, ist dies die Grundlage für die Vereinbarung mit dem jeweiligen Verband. Die Verbände ihrerseits sind verantwortlich für die Verteilung der Mittel an die einzelnen vom Stabilisierungskonzept betroffenen Clubs und Vereine.

Die EFK wurde zu den Entwürfen der Vertragsdokumente konsultiert. Das Bundesamt für Sport und Swiss Olympic kommunizieren transparent und kooperativ.

Bis zum 30. September wurde von 60 Verbänden eine provisorische Schadenssumme von rund 105,3 Millionen Franken angemeldet. Da die Wintersportverbände noch bis Ende Oktober eine Frist zur Einreichung haben, rechnet Swiss Olympic mit einer Gesamtsumme von 115 bis 120 Millionen Franken. Auszahlungen erfolgen derzeit bis zur maximalen Höhe der vereinbarten Richtwerte pro Sportverband (abhängig von dessen Grösse). Ob bzw. wie allenfalls über den Kredit hinausgehende Anträge abgegolten werden sollen, wird derzeit abgeklärt.

<sup>4</sup> SR 415.01

**Darlehen für den Profisport:** Für den professionellen Sport stehen für 2020 und 2021 350 Millionen Franken bereit. Die Bedingungen für die Vergabe von Darlehen an die Clubs über die Ligen waren lange Zeit umstritten. Durch die im Herbst vom Parlament geschaffene Möglichkeit der direkten Darlehensvergabe an die Clubs (vorher nur über die Ligen) und der Ausweitung der Darlehensvergabe auf den semiprofessionellen Bereich entstand eine neue Ausgangslage.

Auf Verordnungsstufe wird die Vergabe dieser Darlehen nun in der «Verordnung über Begleitmassnahmen im Bereich des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen des Coronavirus» geregelt. Diese Verordnung soll am 1. Dezember 2020 in Kraft treten. Aufgrund der bisher fehlenden Rechtsgrundlage konnten noch keine Darlehen vergeben werden.

#### **Stellungnahme des Bundesamtes für Sport**

Gegenüber dem Stand vom 15. Oktober 2020, wie sie der Bericht der EFK wiedergibt, hat sich der Bedarf im Stabilisierungspaket Breiten- und Leistungssport weiter konkretisiert. Es ist von einem Gesamtbedarf von 125 Millionen Franken auszugehen. In der Vereinbarung zur Stabilisierung des Schweizer Sports zwischen dem Bund (BASPO) und Swiss Olympic konnten zum Zeitpunkt des Abschlusses einzelne Punkte nur generell geregelt werden. Aufgrund der Erkenntnisse, die in der Zwischenzeit gewonnen wurden, können diese Punkte präzisiert werden. Dies erfolgt im Rahmen einer Vereinbarung, welche diejenige vom 30. Juni 2020 ersetzt.

## **2.6 Die Lager bei der Armeepothek sind voll, die Verteilung und Verrechnung an die Empfänger läuft**

Vom bewilligten Kredit zur COVID-19-Verordnung von insgesamt 2,55 Milliarden Franken sind per 22. Oktober 2020 571 Millionen ausgeschöpft worden. Dabei handelt es sich um Bestellungen für COVID-19-Schutzmaterial, Testmaterial und Reservationsgebühren für Impfstoffe (siehe dazu auch Kapitel 2.2). Für die Durchführung der Tests in Spitälern, Arztpraxen und die Untersuchung in Labors sowie die Beschaffung von weiteren Testkits sind 528 Millionen Franken reserviert. Zusätzliche Aufwände fallen bis Ende 2020 für Logistikleistungen sowie Beschaffungen von Untersuchungshandschuhen und Impfspritzen an. Der Betrachtungshorizont für die zu erwartenden Kosten (z. B. Ressourcen für Bewirtschaftung, Miete, Instandhaltung, Logistik, Ersatzmaterial, weitere Impfstoffe) erstreckt sich aus heutiger Sicht bis 2024. Der Wechsel von der Verrechnung über den COVID-19-Kredit zum ordentlichen Budgetierungsprozess muss noch geklärt werden.

Das im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit bis Ende Juni bestellte Schutzmaterial ist zum Grossteil geliefert. Da von den Kantonen aber weniger Material abgerufen wurde als vorgesehen, musste die Logistikbasis der Armee neue, qualifizierte Lagerkapazitäten schaffen. Zwei weitere, armeeeigene Standorte stehen inzwischen für die Lagerung des Materials zur Verfügung. Externe Lager bleiben bestehen und werden mit Priorität abgebaut. Die Verfolgung der Haltbarkeit erfolgt über ein Disposystem. Ein Lagerleitstand über alle Standorte ist im Aufbau.

Die Verrechnung der an die Kantone gelieferten Schutzmaterialien läuft seit Anfang August. Die Güter sind mit gemitteltem Einkaufspreis plus 10 % Verwaltungsaufschlag und Mehrwertsteuer verrechnet worden. Bis zum 22. Oktober 2020 wurden 30,6 Millionen Franken verrechnet. Die 16,2 Millionen Franken, die auf die Grossisten und Grossverteiler entfallen,

sind bereits gänzlich bezahlt. Die Rechnungen an die Kantone belaufen sich auf 14,4 Millionen Franken, bisher sind 6,3 Millionen bezahlt. Bei den offenen 8,1 Millionen Franken handelt es sich grösstenteils um Rechnungen vom September 2020.

Eine Charge Masken wurde aufgrund des nahenden Ablaufdatums zu einem vergünstigten Preis an das Gesundheitswesen abgegeben. Auch wenn die EFK ein flexibles Vorgehen begrüsst, muss sie festhalten, dass dieses Vorgehen nicht in Übereinstimmung mit Art. 18 Abs. 2 der COVID-19-Verordnung 3 erfolgte, der eine Verrechnung zu Einkaufskosten vorschreibt. Wie bereits früher festgehalten, empfiehlt die EFK der Logistikkbasis der Armee, die Verordnung entsprechend anzupassen. Das COVID-19-Gesetz unterstützt die Flexibilität bei der Verrechnung.

In der ausserordentlichen Lage tätigt der Einkauf der Armeeapotheke noch immer viele freihändige Vergaben, dies in Übereinstimmung mit der geltenden COVID-19-Verordnung 3 und der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen. Im Hinblick auf den anhaltenden Bedarf sollte die Armeeapotheke wo möglich zu Beschaffungen im Wettbewerb zurückkehren, um sicherzustellen, dass sie einen marktkonformen Preis bezahlt.

Mit der Integration des SAP-Systems PSA in PSN per 1. Januar 2021 gehen Anpassungen an Prozessen und Arbeitsabläufen wie auch Ausbildungen des Personals einher. Der Projektaufwand ist gross, die Planung gibt einen sehr engen Takt vor. Die EFK hat die SAP-Umstellung gesondert untersucht. Die Inventarkontrolle für Lagerbestände aus dem Jahr 2020 ist noch nicht à jour. Die Qualitätssicherung bei den COVID-19-Gütern wird zunehmend etabliert. Der Engpass beim Qualitätsverantwortlichen der Armeeapotheke ist von der Führung erkannt und qualifizierte Unterstützung wird gesucht. Die Integration der Armeeapotheke in die Logistikkbasis der Armee ist in vollem Gange. Konsequenterweise wird auf die Ziellösung hingearbeitet. Es laufen mehrere voneinander abhängige Projekte. Das Lösen dieser Herausforderungen ist komplex und erfordert viel Koordination. Einige Schlüsselfunktionen sind bei der Armeeapotheke befristet bis Ende 2020 besetzt, wodurch es bei der Neubesetzung zu einem Know-how-Verlust kommen kann.

Damit die Armeeapotheke den Aufgaben in verschiedenen Krisenszenarien auch in Zukunft gerecht werden kann (welches Material wird in welchem Szenario notwendig), muss ihre künftige Rolle in Zusammenarbeit mit weiteren Bundesämtern bei Kernthemen wie der Bevorratungsstrategie geklärt werden. Diese kann einen grossen Einfluss auf die Organisation und die Ressourcen haben.

Mit dem vorliegenden Bericht beendet die EFK ihre COVID-19-Prüfhandlungen bei der Armeeapotheke. Insgesamt kann die EFK positiv festhalten, dass die identifizierten Risiken bearbeitet werden, es jedoch noch viel zu tun gibt, um in einen regulären Betrieb zurückzufinden.

### **Stellungnahme der Logistikkbasis der Armee**

Die Aussage bezüglich Abruf von Schutzmaterial durch den Kanton verlangt eine Präzisierung. Die Lagerkapazitäten der Armeeapotheke sind notwendig, um die vom BAG vorgegebene Mindestbevorratungsmenge von 40 Tagen sicherzustellen. Grundsätzlich liefert der Bund von diesen Beständen subsidiär an die Kantone nur dann aus, wenn Notlagen in der Versorgung bestehen.

Der Logistikkbasis der Armee ist die Diskrepanz des Vorgehens bei Maskenabgabe mit vergünstigten Preisen an das Gesundheitswesen bewusst. Die dafür vorgesehene Änderung

der COVID-19-Verordnung 3 wurde im Juni 2020 durch EDI und BJ abgelehnt. Als Begründung wurde angeführt, dass eine unmittelbar auf die Verfassung gestützte Verordnung mit begrenzter Geltungsdauer nicht der richtige Ort für diese Regelung sei. Im Anschluss an diesen Entscheid wurde eine Informationsnotiz durch das VBS an den Bundesrat adressiert, um die Regelung bezüglich verschiedener Sachverhalte im Zusammenhang mit der COVID-19 Epidemie zu klären. Diese Informationsnotiz diene insbesondere der Erläuterung des Artikels 17 der COVID-19-Verordnung 3 wie folgt:

*Der Artikel 17 bezieht sich auf eine Lage, in der die wichtigen medizinischen Güter auch auf den üblichen Kanälen erhältlich sind. Die Direktvermarktung durch den Bund stellt in dieser Phase ein Werkzeug zur mittel- und langfristigen Bewirtschaftung der Lagerbestände dar. So kann der Bund auf dem Markt entsprechende Güter anbieten und verkaufen. Dabei ist es in sich schlüssig, dass er dies zu den aktuellen Marktpreisen vollziehen muss, da er ansonsten als Marktteilnehmer nicht agieren kann. Dies selbst dann, wenn er wichtige medizinische Güter teurer als die heute vorherrschenden Marktpreise eingekauft hat. Tritt der Bund am Markt mit Preisen über dem aktuellen Marktpreis auf, so werden die Güter nicht nachgefragt und die Güter müssen nach einiger Zeit vernichtet werden. Tritt der Bund hingegen mit tieferen Preisen als der aktuell herrschende Marktpreis auf, wird dies zu Marktverzerrungen führen.*

Diese Information wurde durch den Bundesrat zur Kenntnis genommen und die Logistikbasis der Armee sieht vor, dieses Thema in einer künftig auf ein Gesetz abgestützten Verordnung wieder aufzunehmen.

## 2.7 Réduction de l'horaire de travail : le risque de non-conformité demeure à un niveau élevé

Fin septembre 2020, plus de 7,5 milliards de francs ont été payés pour les mesures d'urgence dites « d'indemnisation pour réduction de l'horaire de travail » (ci-après RHT). La répartition par canton des versements de RHT figure au graphique G4 de l'annexe 1. C'est l'ordonnance COVID-19 sur l'assurance-chômage qui autorise ces paiements. Le Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) est chargé de surveiller ces paiements, avec l'aide des organes d'exécution de l'assurance-chômage.

Le Contrôle fédéral des finances (CDF) a examiné les risques de paiements non conformes pour les RHT les plus significatives. Il a accompagné le service de révision de l'assurance-chômage du SECO auprès des organes d'exécution publics – soit l'autorité cantonale du travail et la caisse cantonale de chômage – dans les cantons d'Argovie, de Fribourg, de Lucerne, du Tessin et de Zurich. Le CDF estime que la surveillance du SECO et des organes d'exécution des cantons devrait encore être renforcée.

La procédure sommaire prévue aux articles 7 et 8*i* de l'Ordonnance COVID-19 assurance-chômage<sup>5</sup> était initialement limitée au 31 août 2020. Cette mesure extraordinaire, qui entraîne des risques d'erreurs, d'abus et de fraude importants, a été prolongée à fin 2020.

Le CDF estime que cette prolongation de quatre mois de la procédure sommaire n'était pas nécessaire, la plupart des cantons s'étant entretemps organisés pour faire face aux nombreuses demandes. Des discussions sur de possibles améliorations sont en cours avec le

---

<sup>5</sup> RS 837.033

SECO et le Secrétariat général du Département de l'économie, de la formation et de la recherche.

Les contrôles de conformité fonctionnent en principe correctement. Le CDF a constaté un contrôle rigoureux de la conformité des demandes RHT dans les cinq cantons visités. Il observe un large consensus sur la nécessité d'un renforcement des contrôles au niveau des caisses cantonales de chômage. La loi impose la transmission par les entreprises des décomptes RHT trois mois après la fin du mois concerné. Un grand nombre d'entre elles n'ont pas respecté ce délai légal. Des RHT ont néanmoins été versées. Dans un canton, deux tiers des demandes des entreprises saisies plus de trois mois après la fin du mois de décompte dans le système d'information pour le paiement de l'assurance-chômage avaient effectivement été adressées en retard. Le SECO devra s'assurer du bon respect du délai légal par les caisses de chômage et, le cas échéant, d'une justification des éventuels écarts. A défaut, il veillera à ce que des mesures correctrices soient prises.

Le CDF a observé des différences de référencement des sociétés de groupe dans les systèmes d'information de l'assurance-chômage. Dans la plupart des cas, celles-ci ont une référence unique. Il arrive cependant que ces sociétés disposent d'un identifiant séparé pour chacune de leurs filiales. Une telle pratique rend difficile l'exercice d'un contrôle global et coordonné par les caisses de chômage.

Le traitement des organisations de droit public dans les cantons se normalise. Les collectivités publiques ont-elles accès ou non aux RHT ? Cette démarche de clarification est toujours en cours. Sur les 603 dossiers pour lesquels le SECO a formé une opposition aux cantons, une centaine n'a pas encore fait l'objet de décisions définitives du canton. La démarche du SECO n'est pas exhaustive. Le CDF a identifié dans les cinq cantons audités d'autres cas d'organisations de droit public qui n'avaient pas fait l'objet d'une opposition du SECO. Ces cas ont été traités correctement. Concernée par un quart des cas, l'autorité cantonale du travail fribourgeoise a pris entre juillet et septembre plus d'une centaine de décisions, la plupart en suivant la ligne du SECO. Le canton a appliqué rigoureusement les critères légaux. Dans ce canton, certains préavis avaient déjà donné lieu à des paiements qui devront encore être remboursés. Le SECO veillera à l'intégralité des remboursements.

Le risque d'abus lié à un cumul des RHT avec les allocations pour pertes de gain COVID est élevé, mais peu de doubles rémunérations ont été identifiées. Sur la base des données des caisses AVS et des justificatifs RHT obtenus des entreprises, le CDF a examiné 25 sociétés dans les cinq cantons. Il a constaté que quatre avaient versé à leurs employés des allocations pour pertes de gain COVID-19 parallèlement aux RHT. Sur la base des données des deux systèmes d'information, le CDF ne peut pas conclure de manière définitive sur le caractère injustifié du cumul. Le SECO devra prendre les mesures nécessaires pour vérifier l'exactitude des données des quatre sociétés, puis obtenir le remboursement des paiements indus.

Les inspections auprès des entreprises doivent être intensifiées. Le CDF note que le SECO a reçu près de 600 annonces d'irrégularités émanant des caisses cantonales de chômage. S'y ajoutent celles transmises via la plateforme du CDF ([www.whistleblowing.admin.ch](http://www.whistleblowing.admin.ch)) dont le nombre a atteint 213 à fin septembre 2020. Ces dernières concernaient 178 sociétés qui ont obtenu des RHT pour quelques 145 millions de francs. Entre juillet et septembre 2020, le service de révision du SECO a réalisé 36 inspections auprès des entreprises concernées par des annonces d'irrégularités. Celles-ci ont abouti à un million de francs de remboursement et le dépôt de six plaintes pénales. Le CDF salue la transparence sur les activités de contrôle du SECO contre les abus mais estime nécessaire de les intensifier.

Enfin, trois des cinq cantons ont introduit des plateformes de transferts des données électroniques entre employeurs et caisse cantonale de chômage en cours d'année. Initialement prévue pour septembre, l'utilisation d'une solution harmonisée par tous les cantons n'est pas achevée. Le CDF a recommandé au SECO de veiller à sa mise en œuvre d'ici fin 2020.

Les analyses des données RHT seront poursuivies en 2021.

### **Stellungnahme des Staatssekretariates für Wirtschaft**

Das SECO bedankt sich bei der EFK für die Möglichkeit eines gemeinsam durchgeführten Audits. Dieses Vorgehen hat sich aus unserer Sicht grundsätzlich bewährt. Viele der Erkenntnisse aus den Audits sind daher auch unbestritten. Hingegen teilt das SECO die Einschätzung im Bericht der EFK betreffend das summarische Abrechnungsverfahren nicht. Das summarische Verfahren bietet die gleiche Möglichkeit zur Kontrolle wie das ordentliche Verfahren. Das SECO hat der EFK wiederholt und detailliert die Unterschiede zwischen den beiden Abrechnungsverfahren dargelegt. Dabei hat das SECO insbesondere darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosenkassen bei der Abrechnung der Kurzarbeitsentschädigung jederzeit befugt sind, alle betrieblichen Unterlagen anzufordern, die dazu dienen, die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Angaben auf der Abrechnung zu prüfen.

Darüber hinaus unterstellt der vorliegende Bericht, dass «viele hundert Missbrauchsmeldungen» eine hohe Missbrauchsanfälligkeit des summarischen Verfahrens belegen würden. Tatsächlich liegen einige hundert Missbrauchsmeldungen vor. Angesichts der mehr als 148'000 durch die Arbeitslosenkassen abgerechneten Betriebsabteilungen erachtet das SECO die aktuell vorliegenden 377 Meldungen, welche die Ausgleichsstelle der ALV als substantiell einstuft, allerdings als einen eher geringen Anteil. Auch hier erschliesst sich uns nicht, warum die vergleichsweise wenigen substantiellen Meldungen als Indikator für eine deutlich erhöhte Missbrauchsanfälligkeit des summarischen Verfahrens gelten sollten.

Aus dem Bericht der EFK wird zudem nicht durchgängig klar, was unter «Missbrauch» zu verstehen ist. Für die Ausgleichsstelle der ALV liegt dann ein Missbrauch vor, wenn die Absicht zum unrechtmässigen Leistungsbezug nachgewiesen werden kann.

Weiter schreibt die EFK, dass sie «ein wirksames Internes Kontrollsystem ... kaum bestätigen» kann, weil «...detaillierte Daten, eindeutige Identifikationen oder unterstützende IKT fehlen». Auch hier kommen die Revisoren der Ausgleichsstelle der ALV zu einer anderen Beurteilung. Das SECO erachtet die IKS in den geprüften Durchführungsstellen durchaus als wirksam. Dieser Befund wird gestützt durch die Prüfergebnisse in den Prüfprotokollen. Auch die EFK hält im Hauptteil des Berichts fest: «Les contrôles de conformité fonctionnent en principe correctement. Le CDF a constaté un contrôle rigoureux de la conformité des demandes RHT dans les cinq cantons visités.» Diese Feststellung deckt sich mit den erwähnten Prüfergebnissen in den Prüfkontrollen, steht indes in einem eklatanten Widerspruch zu den zusammenfassenden Aussagen im einleitenden Kapitel « Das Wesentliche in Kürze ».

Ganz grundsätzlich kann das SECO die sehr kritische Bewertung des summarischen Verfahrens zur Abrechnung von KAE nicht nachvollziehen. Aus unserer Sicht fehlt im Bericht eine umfassende Beurteilung des summarischen Verfahrens unter Einbezug aller relevanten Aspekte. Es ist davon auszugehen, dass weder eine Mehrheit der KAE-abrechnenden Unternehmen noch die Durchführungsstellen der ALV die beispiellose Anzahl an KAE-Gesuchen und Abrechnungen mit dem ordentlichen Verfahren überhaupt hätten abwickeln können. Selbst mit dem deutlich vereinfachten Verfahren war ein hoher Prozentsatz der von den Unternehmen eingereichten KAE-Gesuche und Abrechnungen fehlerhaft und musste in der

Folge durch die Arbeitslosenkassen korrigiert werden. Die Durchführungsstellen wären in der Folge massiv in Verzug geraten. Ohne das vereinfachte summarische Verfahren hätte es somit Monate gedauert, bis Unternehmen KAE erhalten hätten. Damit wäre ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden verbunden gewesen, den die EFK indes in ihrem Bericht überhaupt nicht in Rechnung stellt.

## 2.8 Dividendenausschüttungen und Umsatzabweichungen bleiben Sorgenkinder bei den Solidarbürgschaften, erste Verluste sind eingetreten

Seit dem 31. Juli 2020 ist das Überbrückungsprogramm mit COVID-19-Solidarbürgschaften beendet. Die bei der Zentralstelle der Bürgschaftsorganisationen bestehenden Erfassungsrückstände konnten abgearbeitet werden. Dadurch verfügt die EFK erstmals über die Datensätze aller laufenden Solidarbürgschaften. Vom ursprünglich genehmigten Kreditrahmen über 40 Milliarden Franken waren per 26. August Bürgschaften in Höhe von 16,4 Milliarden Franken verfügt. Das sind netto rund eine halbe Milliarde Franken weniger als noch am 31. Juli, dies vorwiegend dank bereits erfolgter Rückzahlungen bzw. zurückgegebener Kredite. Die in den vergangenen Auswertungen gemachten Feststellungen bezüglich Verteilmuster der Kreditnehmer (Firmengrössen, Branchen, geografische Verteilung etc.) haben sich bestätigt, es sind keine wesentlichen neuen Erkenntnisse aufgetreten.

Insgesamt hat die EFK dem Staatssekretariat für Wirtschaft resp. den Bürgschaftsorganisationen 4646 Fälle im Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden Franken für vertiefte Abklärungen übergeben (siehe Abbildung G5 in Anhang 1). Bei 1470 Bürgschaften handelt es sich um konkrete Hinweise zu verschiedenen Verstössen gegen die Solidarbürgschaftsverordnung<sup>5</sup> und bei 3176 Fällen um Umsatzangaben, die deutlich von den Angaben für die Mehrwertsteuerberechnung abweichen oder im Vergleich zu anderen Referenzwerten (z. B. Branchenwerte oder Personalaufwand) nicht plausibel erscheinen.

Bei den konkreten Hinweisen auf Verstösse (sogenannte A-Liste) handelt es sich vorwiegend um bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung deklarierte Dividendenausschüttungen. Die Anzahl hat sich gegenüber dem letzten Bericht erneut verdoppelt und liegt nun bei 1003 Fällen. Die Wiedereinbringung der Kredite von Firmen, die offenbar keine weitreichenden Einschränkungen aufgrund der COVID-19-Epidemie erfahren, ist voranzubringen. Im Oktober haben die Bürgschaftsorganisationen die Firmen, welche möglicherweise gegen das Dividendenausschüttungsverbot verstossen haben, für die Rückzahlung des Kredites und allfällige rechtliche Schritte angeschrieben.

Ein ähnliches Vorgehen drängt sich bei auffälligen Umsatzangaben auf. Rund 9 % (11 333 Fälle) der Bürgschaften weisen einen selbstdeklarierten Umsatz aus, der mindestens 25 % über jenem der Mehrwertsteuermeldung liegt. Aufgrund der hohen Anzahl hat die EFK eine Differenzierung zwischen Fällen, die aufgrund zusätzlicher Auffälligkeiten<sup>6</sup> prioritär anzugehen sind (B-Liste), und Krediten von mehr als 100 000 Franken mit Differenzen in den verschiedenen Umsatzangaben von über 25 % (C-Liste) vorgenommen (siehe Abbildung G6 im Anhang 1). Die Umsatzabweichungen wurden zudem mit der Eidgenössischen

---

<sup>5</sup> SBüV, SR 951.261

<sup>6</sup> Dazu gehören u. a. Personalaufwand, hohe Dividenden kurz vor dem Kreditbezug oder Abmeldung von der Mehrwertsteuer.

Steuerverwaltung plausibilisiert. Von der EFK dem Staatssekretariat für Wirtschaft zur Abklärung übergebenen Fälle setzen sich wie folgt zusammen:

Möglicher Verordnungsverstoss	Anzahl Bürgschaften	Bürgschaften in Millionen Franken
Mehrfachanträge (Art. 3 Abs. 1)	51	10,2
Gründung 1. März 2020 oder später (Art. 3 Abs. 1 lit. a)	283	7,9
Gründung nach 1. Januar 2020 und Bürgschaftsbetrag über 50 000 Franken (Art. 7 Abs. 2)	112	17,9
Dividendenausschüttung während Solidarbürgschaft (Art. 6 Abs. 3 lit. a)	1 003	264,2
Rückerstattung von Kapitaleinlagen während Solidarbürgschaft (Art. 6 Abs. 3 lit. b)	6	1,5
Kein Sitz in der Schweiz (Art. 3 Abs. 1)	15	1,5
<b>TOTAL konkrete Hinweise auf Verstoss (A-Liste)</b>	<b>1 470</b>	<b>303,2</b>
Umsatzabweichungen mit zusätzlichen Auffälligkeiten (B-Liste)	611	252,3
Umsatzabweichungen > 25 % bei Krediten über 100 000 Franken, ohne COVID+ (C-Liste)	2 565	640,9
<b>TOTAL gemeldete Verdachtsfälle</b>	<b>4 646</b>	<b>1 196,4</b>

Tabelle 3: Verdachtsfälle Solidarbürgschaften, Stand 26.08.2020

Nach der Genehmigungsphase richten die Bürgschaftsorganisationen den Schwerpunkt nun auf die Abklärung der Verdachtsfälle. Dabei werden sie von Dritten unterstützt. Der Stand der Arbeiten wird im Internet laufend publiziert<sup>7</sup>. Per Prüfungszeitpunkt waren 1527 Verdachtsfälle erfasst, davon 149 Fälle mit eröffnetem Strafverfahren. Da die neuen Fälle von der EFK dem Staatssekretariat für Wirtschaft erst nach dem Prüfungszeitpunkt zur Abklärung übergeben wurden, waren diese noch nicht in den publizierten Zahlen enthalten.

Die EFK wird diese wichtige Arbeit der Bürgschaftsorganisationen bis zum Laufzeitende der Kredite durch periodische Datenanalysen unterstützen.

Die kreditgebenden Banken haben bereits erste Solidarbürgschaften gezogen, per 9. Oktober 2020 waren 332 Bürgschaften über 29 Millionen Franken betroffen. Firmen mit fehlender Mehrwertsteuerdeklaration bzw. starken Differenzen zwischen den Umsatzmeldungen für die Solidarbürgschaft und die Mehrwertsteuerberechnung sind tendenziell stärker vertreten (siehe Abbildung G7 im Anhang 1). Mit weiteren Ausfällen ist zu rechnen: Von den Unternehmen mit Solidarbürgschaften sind per Ende August 37 285 Kredite im (vorrrechtlichen und rechtlichen) Inkasso bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Es handelt sich in der Regel um ausstehende Mehrwert- oder Verrechnungssteuerzahlungen. Die betroffenen Unternehmen haben Zusagen über Solidarbürgschaften von 4,5 Milliarden Franken. In Bearbeitung bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung befinden sich rund 9000 Kredite von

<sup>7</sup> <https://covid19.easygov.swiss/fuer-medien/>

Unternehmen mit Solidarbürgschaften; mit den betroffenen Unternehmen ist ein Bürgschaftsbetrag von 745 Millionen Franken verbunden.

Nebst dem Zins- und Amortisationsausstand ist auch der Stand der effektiven Auszahlungsrate der Kredite von grossem Interesse. Diese Information ist auch für die Berechnung der Eventualverbindlichkeiten in der Bundesrechnung wichtig. Da die Kredite zu grossen Teilen als Darlehen oder als Erhöhung von bestehenden Kontokorrentlimiten gewährt wurden, hat die Bundesverwaltung derzeit keine Transparenz bezüglich effektiver Belehnung der Solidarbürgschaften. Dadurch dürfte es schwer werden, das Ausfallrisiko für die Bundesrechnung und damit den Steuerzahler solide einzuschätzen. Um den Informationsaustausch mit den Banken zur Bewirtschaftung der Bürgschaften zu unterstützen, bereiten die Bürgschaftsorganisationen die Einführung einer Webplattform vor. Die Bürgschaftsorganisationen werden somit die Saldomeldungen der Banken erhalten und damit die effektive Nutzung der Kredite kennen.

#### **Stellungnahme des Staatssekretariates für Wirtschaft**

Die Bewirtschaftung der Solidarbürgschaften sowie die Einzelfallabklärungen durch die Bürgschaftsorganisationen funktionieren. Die entsprechenden Systeme und Prozesse werden bis Ende Jahr weiter ausgebaut.

Hinsichtlich der Nutzungsrate der Kredite wird gegenwärtig der Datenabgleich zwischen den Bürgschaftsorganisationen und den teilnehmenden Banken vorbereitet. Anschliessend werden die Daten vorliegen und auf der erwähnten Webseite publiziert werden.

## **2.9 Switzerland Global Enterprise: Bilanz der Messeausfälle 2020 weniger dramatisch als angenommen**

Seit dem letzten Zwischenbericht legte die Exportfördergesellschaft Switzerland Global Enterprise der EFK zwei weitere abgeschlossene Messedossiers im Umfang von rund 66 000 Franken zur Prüfung dar. Diese führten zu keinerlei Beanstandungen.

Es zeigt sich, dass der finanzielle Schaden für Switzerland Global Enterprise durch pandemiebedingte Ausfälle von internationalen Fachmessen 2020 weniger stark eintritt als zu Beginn befürchtet. Dies, weil einzelne Messebetreiber die bereits gezahlten (Vor-)Leistungen rückerstatten oder als Gutschriften für 2021 anrechnen. Des Weiteren konnten einzelne Fachmessen digital durchgeführt werden, was wiederum die Kosten minimiert. Planungen von Switzerland Global Enterprise zeigen, dass trotz der weiterhin bestehenden Unsicherheit die Messen 2021 im gewohnten Stil physisch oder digital durchgeführt werden sollen. Durch Messeverschiebungen bzw. Gutschriften verlagert sich das Risiko von Messeausfällen vermehrt auch ins Jahr 2021. Ausfälle für bereits eingegangene Messeverpflichtungen von Switzerland Global Enterprise für 2021 werden daher erst zu einem späteren Zeitpunkt genauer beziffert werden können. Bis dato wurde der vom Bundesrat hierfür gewährte Kredit in Gesamthöhe von 4,5 Millionen Franken vom Staatssekretariat für Wirtschaft in zwei Tranchen von je 1,5 Millionen Franken an Switzerland Global Enterprise ausbezahlt. Je 1,5 Millionen Franken sind für Digitalisierungsvorhaben und Messeausfälle vorgesehen. Ob und in welchem Ausmass die restliche Tranche von 1,5 Millionen Franken 2021 in Anspruch genommen werden muss, wird sich erst im Verlauf des nächsten Jahres zeigen.

Mit dem vorliegenden Bericht beendet die EFK ihre COVID-19-Prüfhandlungen bei Switzerland Global Enterprise.

### **Stellungnahme des Staatssekretariates für Wirtschaft**

Das SECO ist mit dem Blitzbericht einverstanden und wird zusammen mit Switzerland Global Enterprise die notwendigen Schritte zum bedarfsgerechten Einsatz der im 2021 benötigten Mittel in die Wege leiten.

### **Stellungnahme von Switzerland Global Enterprise**

Switzerland Global Enterprise verzichtet auf eine Stellungnahme.

## **2.10 Im Luftfahrtbereich wurden erste Unterstützungen für die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss gewährt**

Der Bundesrat hatte am 29. April 2020 entschieden, die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss bei der Überbrückung von Liquiditätsempässen mit Bürgschaften für Kredite zu unterstützen. Bei einem geschätzten Liquiditätsbedarf von rund 1,5 Milliarden Franken liegt das gewährte maximale Bürgschaftsvolumen bei 1,275 Milliarden Franken. Seit dem letzten COVID-19-Zwischenbericht vom 13. August wurde der EFK das unterzeichnete Vertragswerk übergeben. Bis Ende Oktober haben die beiden Fluggesellschaften Kredite in der Höhe von 140 Millionen Franken beantragt.

Vom flugnahen Betrieb SR Technics wurden im Juli 20 Millionen Franken der bereitgestellten Kreditlinie abgerufen und im August vollständig zurückerstattet. Bis Ende Oktober gab es keine weiteren Abrufe. Über den Stand der Geschäfte der beiden anderen flugnahen Betriebe Swissport Gruppe und Gategroup hat die EFK keine Kenntnisse. Swissport hat allerdings Ende August in einer Medienmitteilung<sup>8</sup> eine Restrukturierung ohne Unterstützung des Bundes bekannt gegeben.

Die EFK hat die Task Force Luftfahrt darüber informiert, dass sie 2021 die Einhaltung der zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Lufthansa Gruppe vereinbarten Auflagen prüfen wird.

### **Stellungnahme des Bundesamtes für Zivilluftfahrt**

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt verzichtet auf eine Stellungnahme.

### **Stellungnahme der Eidgenössischen Finanzverwaltung**

Die Eidgenössische Finanzverwaltung verzichtet auf eine Stellungnahme.

## **2.11 Zwei Drittel der Mittel für Übergangsmassnahmen elektronische Medien und Printmedien sind ausbezahlt**

Die Übergangsmassnahmen für die Presse und die elektronischen Medien im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie umfassen 57,5 Millionen Franken. Per 30. September waren durch das BAKOM rund 40 Millionen Franken ausbezahlt. Die Modalitäten sind in zwei Verordnungen geregelt: in der COVID-19-Verordnung Printmedien und der COVID-19-Verordnung elektronische Medien.

<sup>8</sup> [https://www.swissport.com/fileadmin/downloads/pressreleases/2020/20200831\\_Media\\_Release\\_Swissport\\_agrees\\_Restructuring.pdf](https://www.swissport.com/fileadmin/downloads/pressreleases/2020/20200831_Media_Release_Swissport_agrees_Restructuring.pdf)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die aktuelle Ausschöpfung der Mittel und deren Empfänger:

Massnahmen	Millionen Franken		Empfänger
	Zahlungen per 30.9.	Gesamt-mittel	
<b>Elektronische Medien</b>			
Einmalige Zahlung an Radio- und TV-Veranstalter	30,0	30,0	56 Radio-/TV-Veranstalter; Bemessung und Verteilung beruhen auf dem ordentlichen Verteilmodell der Abgabenanteile
Reduzierte Abonnementskosten für Agenturleistungen «Basisdienste Text»	5,3	10,0	Über Keystone-SDA monatliche Gutschriften an die Abonnenten elektronischer Medien
<b>Total</b>	<b>35,3</b>	<b>40,0</b>	
<b>Printmedien</b>			
Zustellermässigung für abonnierte Tages- und Wochenzeitungen	4,9 <sup>9</sup>	17,5	Monatlich an die Schweizerische Post, Weiterleitung mittels monatlicher Gutschriften an die Herausgeber.
<b>Gesamttotal Medien</b>	<b>40,2</b>	<b>57,5</b>	

Tabelle 4: Übersicht Auszahlungen Übergangsmassnahmen für die Presse und die elektronischen Medien (Stand 30.9.2020)

Für die Empfänger der Finanzhilfen für elektronische Medien (Einmalzahlung) gilt eine Gewinneinschränkung für das Geschäftsjahr 2020: Sie müssen die erhaltene Finanzhilfe im Umfang eines allfälligen Gewinns im Geschäftsjahr 2020 an das Bundesamt für Kommunikation zurückbezahlen. Um zu verhindern, dass die Gewinnlage vorsichtiger als notwendig dargestellt wird, wird das Bundesamt für Kommunikation bei seinen Aufsichtstätigkeiten auf die Stetigkeit der Rechnungslegung achten. Die EFK hat dem Bundesamt Vorschläge unterbreitet, beispielsweise wie mit ausserordentlichen Abschreibungen bzw. Gewinnen aus der Veräusserung von Sachanlagen umgegangen werden sollte. Für die Empfänger (Radio, TV und Onlinemedien) der Finanzhilfen gemäss der Massnahme «Agenturleistungen der Keystone-SDA, Basisdienste Text» existiert keine Auflage. Weil die Empfänger der Finanzhilfen (Radio, TV) gemäss der Massnahme «Einmalzahlung» zumindest der Gewinneinschränkung unterstehen, verbleiben einzig die Onlinemedien ohne jegliche Auflage für die erhaltenen Finanzhilfen.

Für die Empfänger der Finanzhilfen zugunsten der Printmedien besteht ein Dividendenausschüttungsverbot für das Geschäftsjahr 2020. Um in den Genuss der Übergangsmassnahmen zu kommen, müssen die Verleger dem Bundesamt für Kommunikation vorgängig schriftlich bestätigen, dass sie auf die Ausschüttung von Dividenden verzichten. Das Bundesamt für Kommunikation sieht vor, den «Dividendenverzicht» als Kontrollpunkt in die Selbstdeklaration aufzunehmen, die ordentlich subventionierte Tages- und Wochenzeitungen dem Bundesamt für Kommunikation jährlich einzureichen haben. Weiter wird das Bundesamt die Angaben der Verleger stichprobenweise durch Einsicht in die entsprechenden Unterlagen (z. B. Jahresrechnung) prüfen.

<sup>9</sup> Stand 31.08.2020

Die EFK sieht das Risiko, dass bei Konzernstrukturen (vor allem bei Medienhäusern) die Möglichkeit besteht, die Vorgaben bezüglich Gewinneinschränkungen zu umgehen. Das Bundesamt für Kommunikation hat diesen Hinweis zur Kenntnis genommen, erachtet ihn allerdings aufgrund der moderaten Gewinne von Medienhäusern als nicht prioritär.

Die EFK wird die Aufsicht des Bundesamtes über die Einhaltung der Auflagen prüfen.

#### **Stellungnahme des Bundesamtes für Kommunikation**

Die Übergangsmassnahmen mussten mit den vorhandenen Ressourcen rasch umgesetzt werden. Die Unterstützung im Bereich der Printmedien knüpft an die bewährte indirekte Presseförderung an. Die Subventionsempfänger müssen die in der Postverordnung verankerten Kriterien erfüllen, deren Einhaltung jährlich vom Bundesamt für Kommunikation geprüft wird. Für den Erhalt der Übergangsmassnahmen kommt der Verzicht auf Dividendenausschüttung hinzu. Um die Medien in der Krise rasch zu unterstützen, wurde im ersten Schritt eine rasche Auszahlung der finanziellen Hilfe angestrebt. Ein detailliertes Prüfkonzept für die Einhaltung der zusätzlichen Anforderung wird nun im zweiten Schritt erarbeitet.

## 2.12 Massnahmenübergreifende Datenanalysen und Missbrauchsidentifikation müssen im «Normalbetrieb» fest verankert werden

In den vorhergehenden Kapiteln finden sich die relevanten Ergebnisse aus einer Vielzahl an Auswertungen, die im Rahmen der jeweiligen Massnahmen durchgeführt wurden bzw. werden. Auch wenn die Thematik des Missbrauchs stark im Zusammenhang mit den COVID-19-Massnahmen des Bundes in den Fokus trat: Missbrauch geschieht nicht nur in der Krise. Die festgestellten Risiken mögen zwar im «Normalzustand» geringer sein, aber sie bleiben. Daher sind die Datenanalysen und die Ergebnisse daraus ein beständiger Beitrag zur Missbrauchsbekämpfung, weit über die Laufzeit der COVID-19-Massnahmen hinaus. Aus diesem Grund sollen ein paar grundsätzliche Beobachtungen angestellt werden.

Es ist eigentlich offensichtlich: Schlüsselidentifikationen sind nicht optional und die Datensätze müssen gleich aufgebaut sein. Sonst ist die Verwendung der Daten nur sehr schwierig bzw. eingeschränkt möglich. Die Praxis sieht hingegen anders aus, beispielsweise unterscheidet sich der Detaillierungsgrad der kantonal erhobenen Daten. Dies stellt für die Bearbeitung Hindernisse dar, die nur mit erheblichem Aufwand überwunden werden können.

Die Kunst liegt weniger darin zu wissen, wie, sondern was analysiert werden soll: Welche Muster weisen auf Ungereimtheiten hin? Die Betrugsbekämpfung im Umfeld der Sozialversicherungen war schon vor Ausbruch von COVID-19 ein wesentliches Thema für die EFK. Seit Jahren haben Datenanalysen der EFK geholfen, potenziell dolose Geschäftsvorfälle im Bereich der Arbeitslosenversicherung zu identifizieren. Die EFK pflegt den Informationsaustausch mit kantonalen Strafverfolgungsbehörden; dieser hat sich in der Krise verstärkt. Vorgehensmuster bei kriminellen Handlungen werden mit entsprechenden Analysen in der Gesamtheit der Daten gesucht, das Ergebnis sind weitere potenzielle dolose Fälle. Diese gehen an das jeweilige Fachamt zur weiteren Behandlung. Die Staatsanwaltschaften haben bislang bei der EFK für 43 Personen und Firmen um konkrete Auskünfte angefragt<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Das Vorgehen ist im dritten Zwischenbericht (publiziert auf EFK Seite) geschildert.

Automatisierung ist nicht nur eine Frage der Effizienz, sondern auch der Zuverlässigkeit. Die Analysemittel (zum Beispiel automatische Erkennung und Weiterbearbeitung relevanter Handelsregister-Mitteilungen) werden konsequent weiterentwickelt, um eine langfristige Durchführung so wirksam und effizient wie möglich zu gestalten.

Sind die Auffälligkeiten identifiziert, geht die Arbeit erst richtig los. 540 Fälle beim Corona Erwerbssersatz, 4646 Fälle bei den Solidarbürgschaften und 217<sup>11</sup> Meldungen im Bereich Arbeitslosenversicherung (Kurzarbeitsentschädigung), die die EFK den Ämtern übergeben haben, müssen Fall für Fall geprüft und bearbeitet werden. Gerade an diesen drei Massnahmen kann man gut sehen: Das Geld zu verteilen, ging schnell; hinterher zu korrigieren, ist harte Arbeit. Aber sie muss getan werden. Fehler müssen korrigiert, Missbräuche verfolgt werden – im Sinne einer gerechten Gleichbehandlung, auf die sich die Steuerzahler und Bezüger verlassen können müssen. Dabei ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den sensiblen Daten für die EFK selbstverständlich, wie es auch das Finanzkontrollgesetz vorsieht.

Missbrauchsbekämpfung ist keine exklusive Aufgabe der Revisoren, sie gehört auch in die Linie. Je näher am Geschäftsvorfall das «Alarmsystem» angehängt ist, desto schneller und leichter kann eingegriffen werden. Das gilt ebenso für die Analysen, die die EFK durchführt. Ziel muss sein, dass die Ämter selbst derartige Analysen als Teil ihrer Kernprozesse machen. Dies geht nicht von heute auf morgen. Es braucht beim Amt Infrastrukturen, Daten und Personal, bevor die Analysen übergeben werden können. Daher hat die EFK entschieden, bei den «grossen» Massnahmen Corona Erwerbssersatz, Kurzarbeitsentschädigung und Solidarbürgschaften die etablierten Datenanalysen 2021 weiterzuführen. Die Ergebnisse werden dann weiterhin dem Fachamt zur Klärung und weiteren Behandlung übergeben. Das Ziel bleibt jedoch, das Wissen und die Kompetenz dazu in die «Linie» zu integrieren.

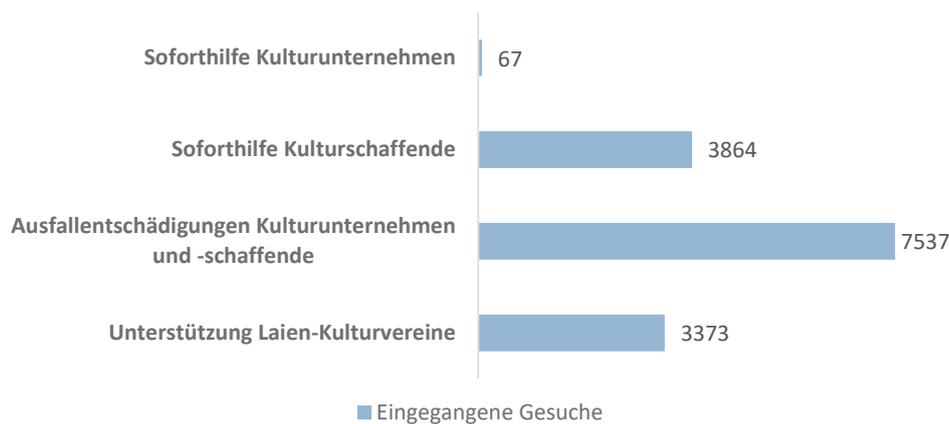
---

<sup>11</sup> 213 Fälle aus Verdachtsmeldungen an die EFK, 4 Hinweise aus den 25 Dossierprüfungen bei den besuchten Stellen in fünf Kantonen.

# Anhang 1: Grafiken zu den Datenanalysen

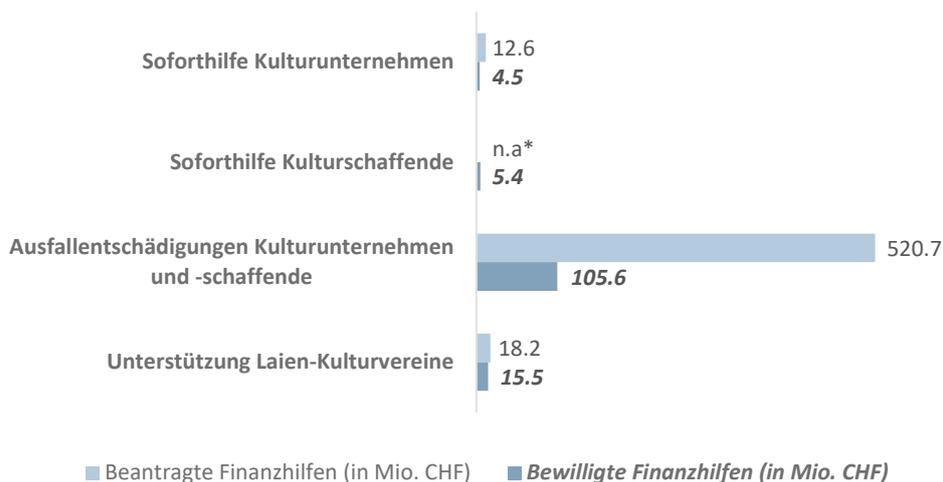
## Kultur

### G1. Anzahl Gesuche



**Lesebeispiel:** Bis zum 26.10. 2020 sind 3373 Gesuche für die Unterstützung der Laien-Kulturvereine eingegangen.  
**Datengrundlage:** Bundesamt für Kultur, Datenanalyse: EFK, Stand: 26.10.2020

### G2. Umfang der Finanzhilfen

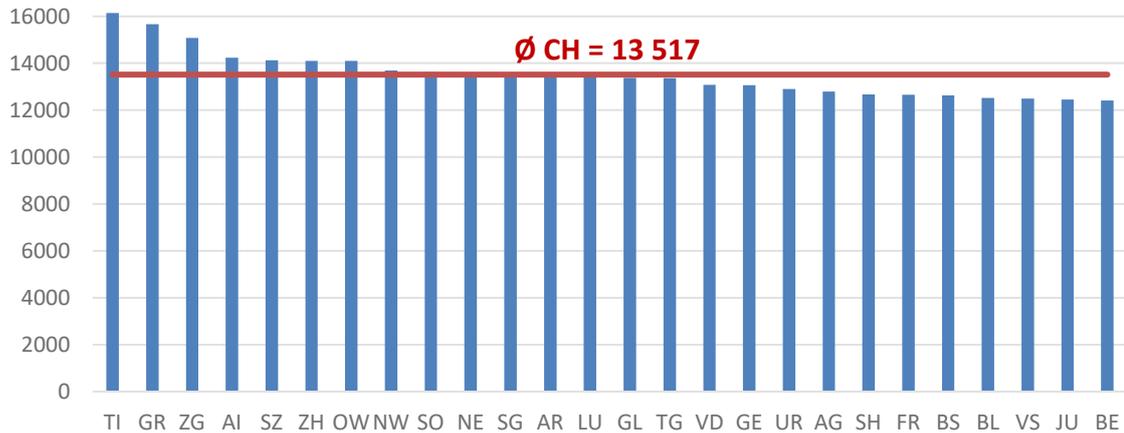


\*Die Berechnung der Soforthilfe für Kulturschaffende erfolgt durch Suisseculture Sociale. Es können keine konkreten Beträge beantragt werden.

**Lesebeispiel:** Bis zum 26.10.2020 wurden Finanzhilfen in der Höhe von 18,2 Mio. CHF für die Unterstützung der Laien-Kulturvereine beantragt. Davon wurden 15.5 Mio. CHF bewilligt.  
**Datengrundlage:** Bundesamt für Kultur, Datenanalyse: EFK, Stand: 26.10.2020

## Corona Erwerbsersatz

### G3. Gesamtbetrag (März bis September 2020) in Franken pro Selbständigerwerbendem nach Kanton

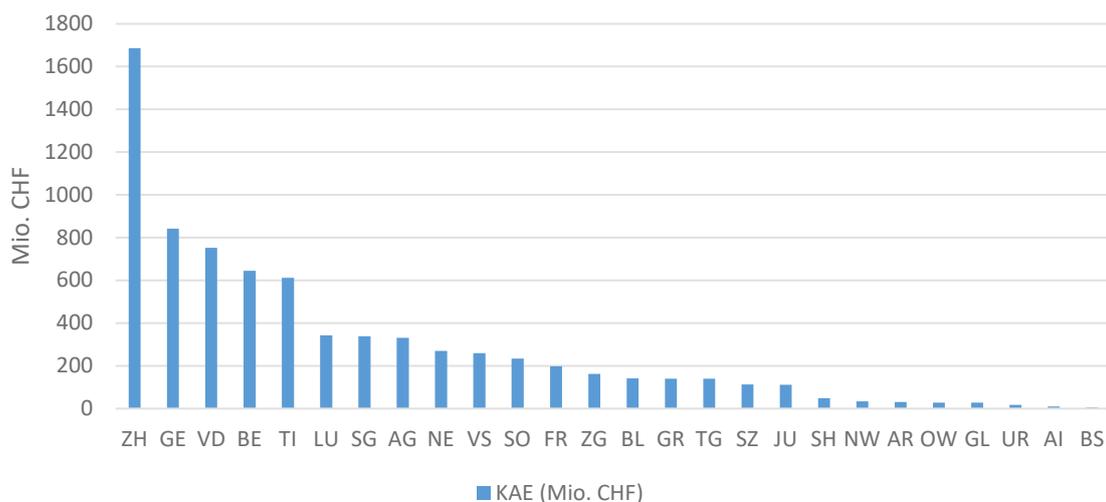


**Lesbeispiel:** Im Kanton Tessin hat der durchschnittliche Selbständigerwerbende mit Corona Erwerbsersatz zwischen März und September 16 147 Franken erhalten. In Graubünden waren es 15 667 Franken. Schweizweit lag dieser Durchschnitt bei 13 517 Franken.

**Datengrundlage:** Analyse EFK, Stand: 27.09.2020

## Kurzarbeitsentschädigung (Indemnités pour réduction de l'horaire de travail RHT)

### G4. Ausbezahlte Kurzarbeitsentschädigung nach Kanton



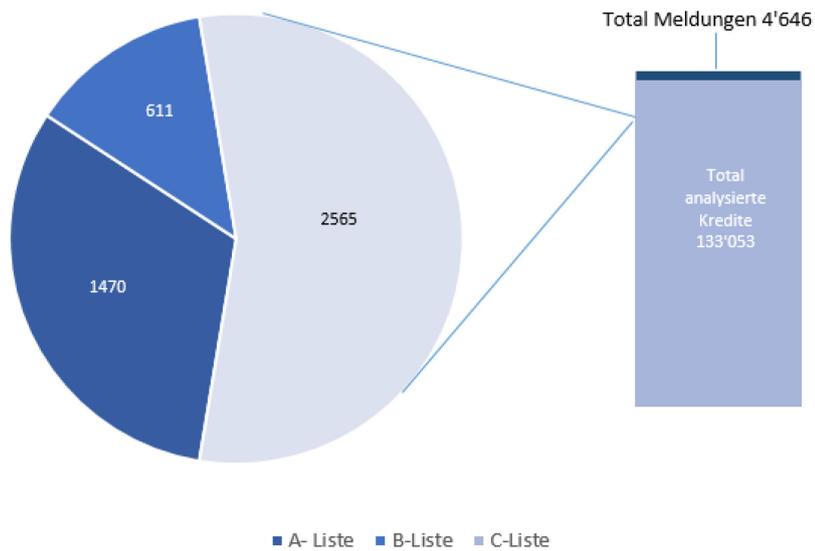
**Lesbeispiel:** Im Kanton Zürich wurden bis Ende September Kurzarbeitsentschädigungen (KAE) in der Höhe von rund 1690 Millionen Franken ausbezahlt.

**Datengrundlage:** Analyse EFK, Stand: 30.09.2020

# Solidarbürgschaften

---

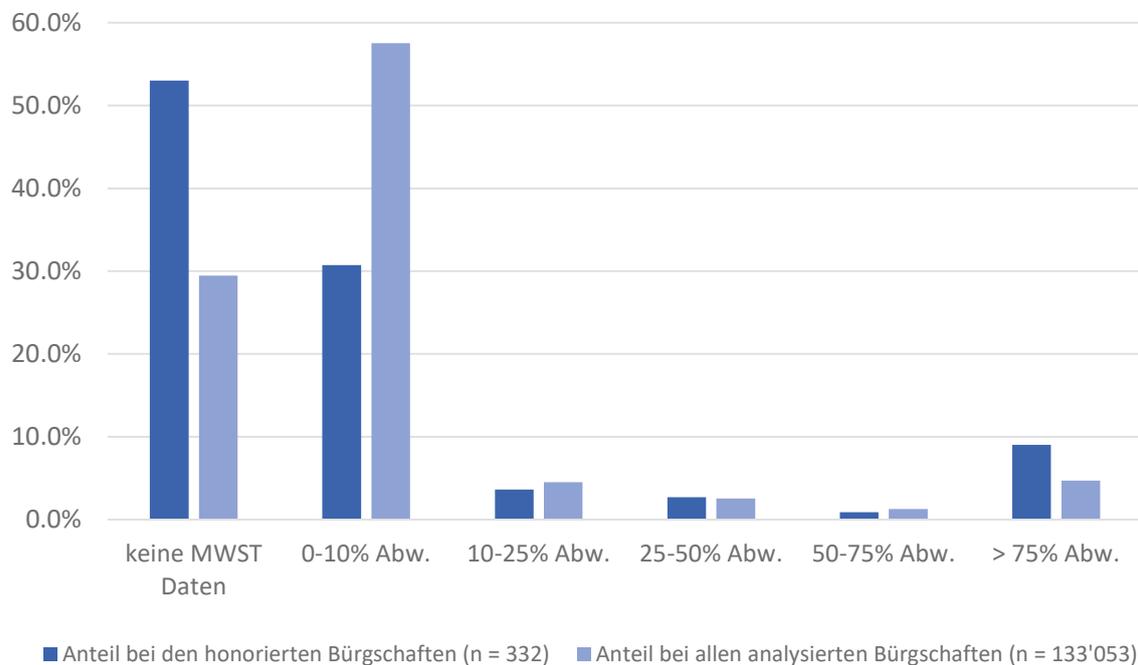
## G5. Übersicht bisherige Meldungen der EFK



**Lesebeispiel:** Bis Ende September wurden von der EFK 133 053 Kredite analysiert, davon befinden sich zurzeit 4646 Verdachtsfälle in Abklärung. Diese teilen sich auf in unmittelbare Verstöße (A-Liste), Umsatzabweichungen zur MWST mit zusätzlichen Auffälligkeiten (B-Liste) und wesentliche Umsatzabweichungen zur MWST (C-Liste).

**Datengrundlage:** EFK, Stand: 26.08.2020

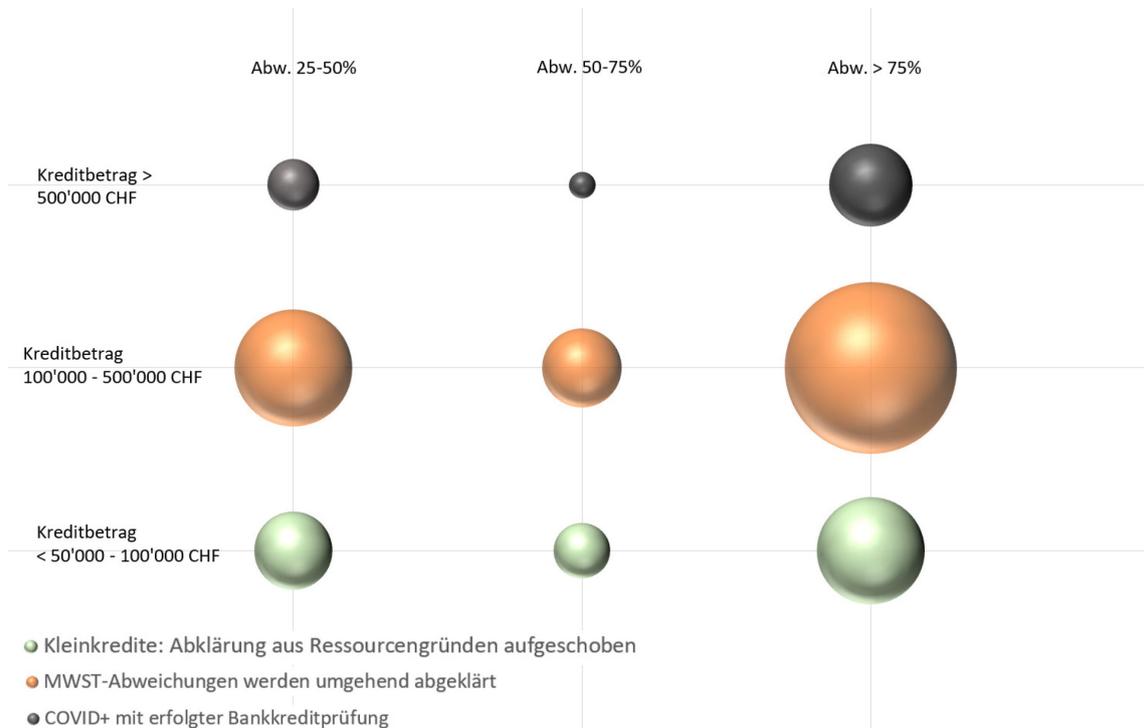
**G6. Abweichung zwischen den Umsatzmeldungen für Kreditantrag und Mehrwertsteuer 2019 sowie jeweiliger Anteil der honorierten Bürgschaften**



**Lesebeispiel:** 57 % der kreditbeziehenden Unternehmen in der Grundgesamtheit (n = 133 053) deklarierten beim Antrag für den Sofortkredit einen Umsatz mit einer Abweichung zwischen 0-10 % im Vergleich zum deklarierten Mehrwertsteuerumsatz. Dieser Anteil beträgt in der Gesamtheit der honorierten Kredite 31 %.

**Datengrundlage:** EFK, Stand: 26.08.2020

## G7. Kreditvolumen nach Kreditbetragskategorien und Abweichungen zwischen den Umsatzmeldungen für Kreditantrag und Mehrwertsteuer 2019



**Lesebeispiel:** In der Kategorie mit einer Abweichung in der Umsatzdeklaration zwischen 25 und 50 % gegenüber dem 2019 deklarierten Mehrwertsteuerumsatz machen Kredite zwischen 100 000 und 500 000 Franken das grösste Volumen aus, ersichtlich an der Kugelgrösse. Kredite in dieser Kategorie werden umgehend abgeklärt. Die Kugelgrösse entspricht der Summe aller Kreditbeträge (in Franken) in der entsprechenden Kreditbetrags- bzw. Mehrwertsteuerabweichungskategorie.

**Datengrundlage:** EFK, Stand: 26.08.2020

## Anhang 2: Übersicht der Einzelprüfungen und Prüfungsteams

Amt	Auftragsnummer – Themengebiet	Federführung	Revisionsleitung und Prüfungsteam
<b>Bundesamt für Kultur</b>	20503 – Massnahmen Kulturbereich	Andreas Baumann	Ulrich Luginbühl Petra Kuhn Melissa Rickli Philipp Zogg Didier Monnot
<b>Bundesamt für Sozialversicherungen</b>	20507 – Corona Erwerbsersatz	Oliver Sifrig	Daniel Zoss Senem Sahin Gabriela Carrapa
	20517 – Familienergänz. Kinderbetreuung	Emmanuel Sangra	Roger Lanicca Hans-Rudolf Michel Meryem Ter Walter Risler
<b>Bundesamt für Sport</b>	20505 – Massnahmen Sportbereich; Darlehen Profiligen / Finanzhilfen Breitensport	Daniel Aeby	Patrick Wegmann Andreas Gertsch Peter König Benedikt Schlegel Michael Mayer
<b>Armeeapotheke und Bundesamt für Gesundheit</b>	20512 – Beschaffungen	Mischa Waber	Hans Rügsegger Michael Fischer Patrik Lüthi René Tobler Andreas Meyer Michael Mayer
<b>Arbeitslosenversiche- rung</b>	20513 – Kurzarbeitsent- schädigung	Gabriela Carrapa	Grégoire Demaurex Martin Peyer Martin Koci
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	20509 / 20511 – Solidarbürgschaften (inkl. Start-ups)	Martin Köhli	Daniel Hasler David Ingen Housz Eveline Hügli Walter Risler
	20508 – Switzerland Global Enterprise	Andreas Baumann	Martin Koci Didier Monnot

Amt	Auftragsnummer – Themengebiet	Federführung	Revisionsleitung und Prüfungsteam
<b>Task Force Luftfahrt</b>	20524 – Massnahmen Fluggesellschaften und flugnahe Betriebe	Jean-Marc Stucki	Patrik Lüthi Michael Fischer Michael Mayer
<b>Bundesamt für Kommunikation</b>	20536 – Prüfung der Übergangsmassnahmen für Presse, Radio und Fernsehen	Jean-Marc Stucki	Martin Hauri Marco Roschi Michael Mayer
<b>Amtsübergreifend bzw. zentralisierte Teams</b>	20510 – Datenanalysen	Bernhard Hamberger	François Donini Martin Kropf Rolf Schaffner Gregory Ryan Willy Müller Andrea Häuptli Robert Scheidegger
	Rechtsberatung	Hedwig Dubler	Susanne Marbet